I 55191

Die Sowjetunion im Kampf für den Frieden

Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR vom 9. Februar 1955

Rede des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. A. BULGANIN, vom 9. Februar 1955

Referat des Außenministers der Sowjetunion, W. M. MOLOTOW, vom 8. Februar 1955

DIE SOWJETUNION IM KAMPF FÜR DEN FRIEDEN

WIEN 1955

55191

Inhalt

Seite

Deklaration des Obersten Sowjets der UdSSR
vom 9. Februar 1955 3

Rede des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, des Deputierten N. A. Bulganin, im Obersten Sowjet der UdSSR
am 9. Februar 1955 6

„Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Regierung der UdSSR." Referat des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers der UdSSR, des Deputierten W. M. Molotow, im Obersten Sowjet der UdSSR
am 8. Februar 1955 16

STUDIEN-BIBLIOTHEK IN LINZ
55 : 172

Deklaration
des Obersten Sowjets der UdSSR

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hält es für seine Pflicht, die Völker und die Parlamente aller Staaten auf die Lage aufmerksam zu machen, die sich in Europa, Asien und auch anderen Teilen der Welt herausbildet und die die Spannung in den internationalen Beziehungen und die Gefahr für die Sicherheit der Völker erheblich verstärkt.

In Europa werden militärische Gruppierungen einiger Staaten geschaffen, die gegen andere europäische Staaten gerichtet sind. Es wird die gefährliche Politik der Wiederherstellung des deutschen Militarismus betrieben, der noch vor kurzem einen Weltkrieg entfesselt hat, welcher den Völkern unermeßliches Unglück gebracht hat.

Es entsteht die Gefahr, daß Europa zum Schauplatz eines neuen Krieges werden könnte. Ein solcher Krieg würde sich unweigerlich in einen neuen Weltkrieg verwandeln.

Auch die Situation in Asien und im Fernen Osten muß Besorgnis um das Schicksal des Friedens hervorrufen. Es ist die Pflicht aller Völker, auch dort einen Krieg zu verhindern, die nationalen Rechte der Völker Asiens, ihre Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen.

Das Wettrüsten und die Schaffung von Militärstützpunkten in fremden Gebieten, was mit der Politik der Schaffung von Militärblocks einhergeht, hält an und verstärkt die Spannung zwischen den Staaten.

Hinter dem Rücken der Völker wird ein Atomkrieg vorbereitet. Hierbei wird außer acht gelassen, daß ein Vernichtungskrieg mit Atomwaffen ungeheure Zerstörungen und unermeßliche Menschenopfer zur Folge hätte, besonders in den Staaten mit höchster Konzentration der Bevölkerung und Industrie auf beschränkten Territorien.

Obwohl die Organisation der Vereinten Nationen die Kriegspropaganda für unzulässig erklärt und verurteilt hat, ertönen in einigen Ländern, ohne auf Abwehr zu stoßen, offene zügellose Appelle zu einem neuen Krieg, zum Einsatz der Atomwaffe.

All das erheischt von den Staaten, die die Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens wünschen, daß sie ihre Bestrebungen um die

Erreichung so hoher Ziele, wie der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und um die Beseitigung fremder Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker, was heute von besonderer Bedeutung für die Erhaltung des Friedens im Fernen Osten ist, verstärken.

Die Sowjetunion ist der Meinung, daß es notwendig ist, dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten. Es ist notwendig, die Frage einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen und vor allem einer bedeutenden Einschränkung der Rüstungen der großen Staaten unverzüglich zu lösen. Die Atomwaffe und jede andere Massenvernichtungswaffe muß verboten werden. Die Durchführung entsprechender Maßnahmen müssen durch eine wirksame internationale Kontrolle gewährleistet werden.

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken legt außerordentliches Gewicht darauf, daß die Beziehungen zwischen den Staaten, den großen wie den kleinen, auf solchen internationalen Prinzipien beruhen, die den Interessen der Entwicklung freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern unter den Verhältnissen eines friedlichen, ungestörten Lebens entsprechen.

Es ist notwendig, daß die Beziehungen zwischen den Staaten auf den Prinzipien der Gleichheit, auf der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf Nichtangriff und auf dem Verzicht auf Anschläge gegen die territoriale Integrität anderer Staaten, auf Achtung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit beruhen.

Die Einhaltung dieser Prinzipien, die von solchen Staaten wie der Sowjetunion, der Volksrepublik China, Indien und einer ganzen Reihe anderer Staaten den Beziehungen zu anderen Ländern bereits zugrunde gelegt sind, gewährleisten die friedliche Koexistenz der Staaten unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung.

Die Völker sind zutiefst an der Festigung des Weltfriedens interessiert. Sie haben jede Möglichkeit, einen neuen Krieg zu verhindern, denn die Kräfte des Friedens wachsen unaufhaltsam und sind heute bereits mächtiger als die Kräfte der Aggression und des Krieges.

Die Sowjetunion, gestützt auf die unerschütterliche Einheit ihrer Völker, auf ihre unerschöpflichen Hilfsquellen, ist fest entschlossen, die friedliche Arbeit ihrer Bürger zu sichern und sie vor jeglichen Anschlägen von außen her zu schützen. Die anderen Völker werden nach wie vor im Sowjetstaat eine sichere, unerschütterliche Stütze im Kampf für Frieden und Fortschritt finden.

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist der Ansicht, daß die Parlamente eine große Verantwortung für die Erhaltung und Festigung des Friedens tragen. Sie sind es, die gesetzgebende Akte in den Fragen des Krieges und des Friedens beschließen.

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist der Meinung, daß die Herstellung eines unmittelbaren Kontakts

zwischen den Parlamenten, der Austausch von Parlamentsdelegationen, das Auftreten von Parlamentsdelegationen in Parlamenten anderer Länder den Bestrebungen der Völker nach Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit entsprechen würden.

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird jegliche Schritte der Parlamente anderer Staaten zur Festigung des Völkerfriedens aufrichtig begrüßen.

Moskau, Kreml, den 9. Februar 1955.

Rede des Vorsitzenden des Ministerrates, des Deputierten der UdSSR, N. A. BULGANIN,

im Obersten Sowjet der UdSSR am 9. Februar 1955

Genossen Deputierte!

Sie haben mir hohe Ehre und hohes Vertrauen erwiesen, indem Sie mich zum Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ernannten. Ich danke Ihnen, Genossen, für diese Ehre und versichere, daß ich alle meine Kräfte einsetzen werde, um Ihr Vertrauen zu rechtfertigen. **(Beifall.)**

Gestatten Sie mir, auf die Hauptfragen der bevorstehenden Tätigkeit des Ministerrates einzugehen.

Vor allem muß ich dem Obersten Sowjet versichern, daß der Ministerrat in seiner ganzen Tätigkeit auch künftighin unentwegt die Politik durchführen wird, die von der Kommunistischen Partei ausgearbeitet **(Beifall)** und von unserem Volk begeistert gutgeheißen wird: die Politik des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft, der weiteren Verstärkung der Macht des Sowjetstaates, der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Kolchosbauernschaft, die Politik der Festigung des Friedens und der Sicherheit. **(Beifall.)**

Die Durchführung dieser Politik gewährleistet den weiteren Aufstieg unseres sozialistischen Staates und die Hebung des Volkswohlstandes. Der hohen Aufgabe der allseitigen Verbesserung des Lebens der Werktätigen ist die gesamte Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung untergeordnet.

Die Grundlage des weiteren Aufschwungs unserer Volkswirtschaft war stets und bleibt die Schwerindustrie, deren Produktion zur Zeit nahezu 3,5mal so groß ist wie im Vorkriegsjahr 1940. Unsere hochentwickelte Schwerindustrie ist eine große historische Errungenschaft der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes. Die Schwerindustrie leistete bekanntlich der Sache des Aufbaus des Sozialismus und der Festigung der Unabhängigkeit unseres Heimatlandes ruhmreiche

Dienste. Die Schwerindustrie ist die Grundlage der unbezwingbaren Wehrkraft des Landes und der Stärke unserer heldenmütigen Streitkräfte. Erinnern Sie sich, Genossen, an die schweren Jahre des Großen Vaterländischen Krieges. Hätten wir damals nicht eine mächtige wirtschaftliche Basis — unsere Schwerindustrie — gehabt, so hätten wir den Sieg über den bis an die Zähne bewaffneten Feind nicht errungen. Die Schwerindustrie hat uns die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes gewährleistet.

Die Schwerindustrie sichert die Entwicklung aller Zweige unserer Volkswirtschaft: der Landwirtschaft, der Leicht- und Lebensmittelindustrie, und ist damit die Quelle der ständigen Zunahme des Wohlstandes des Sowjetvolkes.

Um die Landwirtschaft, die Rohstoffe für die Leichtindustrie liefert, vorwärtszubringen, muß sie in ausreichenden Mengen mit Traktoren, Mähdreschern und anderen Landmaschinen versorgt werden. Nur die Schwerindustrie kann uns all dies liefern.

In der Entwicklung der Schwerindustrie folgten wir stets den Weisungen des großen Lenin und des treuen Fortsetzers seines Werkes, J. W. Stalin, und wir werden diesen Weisungen weiter folgen. Die Linie auf die bevorzugte Entwicklung der Schwerindustrie, die die Partei in erbittertem Kampf gegen die Klassenfeinde und ihre Agenturen einhielt, hat sich durch den gesamten Verlauf des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande als gerechtfertigt erwiesen. Sie entspricht den Grundinteressen des Sowjetstaates und unseres Volkes.

Daher wird die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet auch fernerhin unbeirrbar die Generallinie der Kommunistischen Partei durchführen, die die allseitige Entwicklung der Schwerindustrie vorsieht. **(Anhaltender Beifall.)**

Eine sehr wichtige Aufgabe der Regierung wird die Verwirklichung der von der Kommunistischen Partei ausgearbeiteten Maßnahmen zur Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft sein, die darauf gerichtet sind, die Befriedigung des beständig wachsenden Bedarfes der Bevölkerung an Nahrungsmitteln und der Industrie an Rohstoffen zu gewährleisten.

Von kolossaler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Beschluß des vor kurzem abgehaltenen Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das die Aufgabe gestellt hat, in den nächsten fünf bis sechs Jahren den jährlichen Getreideertrag auf mindestens zehn Milliarden Pud zu bringen und die Produktion der Haupterzeugnisse der Viehwirtschaft auf das Doppelte oder mehr zu erhöhen.

Das Plenum des Zentralkomitees der Partei hat die Mittel und Wege aufgezeigt, mit denen die Erfüllung dieser volksumspannenden Aufgabe

erzielt werden kann. Neben der Steigerung der Hektarerträge und der Reduzierung der Ernteverluste ist die Erschließung von Neu- und Brachland das zugänglichste und rascheste Mittel. Schon 1956 werden die Saaten auf diesen Ländereien mindestens 28 bis 30 Millionen Hektar umfassen. Eine große Reserve für die Getreideproduktion ist auch die Erweiterung der Maissaaten im Lande von 3,5 Millionen auf 28 Millionen Hektar. Die Vergrößerung der Produktion von Getreide, besonders einer so ertragreichen Kultur wie des Mais, wird dazu beitragen, die Frage der Schaffung einer Futtermittelbasis für die Viehwirtschaft radikal zu lösen. Diese grandiosen Aufgaben in der Landwirtschaft im Laufe von fünf bis sechs Jahren zu erfüllen, ist für unser Land eine durchaus reale Aufgabe, der es vollkommen gewachsen ist. Dazu ist es aber notwendig, die Bemühungen der Kolchosbauernschaft und der Arbeiterklasse, des ganzen Sowjetvolkes aufzubieten, um die Kultur der landwirtschaftlichen Produktion auf der Basis der neuesten Technik und der fortgeschrittenen hochproduktiven Arbeitsmethoden, die unsere führenden Kräfte der Landwirtschaft meisterhaft beherrschen, auf eine neue, höhere Stufe zu heben.

Berichte aus allen Teilen des Landes bezeugen, daß die Werktätigen in Stadt und Land den Beschluß des Plenums des Zentralkomitees von ganzem Herzen billigen und bereit sind, ihn in die Tat umzusetzen. Die Partei- und die Sowjetorgane müssen im Kampf für die Erfüllung der vom Plenum des Zentralkomitees vorgezeichneten volksumspannenden Aufgabe die Führung übernehmen und ihrerseits alles Nötige tun, damit diese Aufgabe erfüllt wird.

Auf der Grundlage der weiteren Entwicklung der Schwerindustrie und der Hebung der Landwirtschaft wird die Produktion von Volksbedarfsgütern: Kleidung, Schuhwerk, Nahrungsmitteln, Haushaltsgeräten und Artikeln des kulturellen Bedarfes der Bevölkerung, erweitert werden.

Besondere Aufmerksamkeit müssen wir der weiteren Entwicklung der sowjetischen Wissenschaft schenken; wir müssen die Wissenschaft der Lösung der lebenswichtigen Aufgaben des kommunistischen Aufbaus noch näherbringen, ihre Rolle bei den Bestrebungen um technischen Fortschritt und um die Hebung der sozialistischen Kultur noch mehr erhöhen.

Alle von mir aufgezählten Aufgaben auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und auch so wichtige Aufgaben wie die weitere Entwicklung des Eisenbahnverkehrs, der Schiffahrt und anderer Verkehrsarten, die Erweiterung des Wohnungsbaus, die allseitige Entwicklung des Handels sowie die Verbesserung des Gesundheitswesens und die Entwicklung des Volksbildungswesens, werden im sechsten Fünfjahrplan, der in diesem Jahr auszuarbeiten ist, ihren konkreten Ausdruck finden.

Genossen Deputierte!

Unsere nächste Aufgabe auf dem Gebiet der Leitung der Volkswirtschaft ist die Erfüllung des staatlichen Plans des laufenden Jahres, des abschließenden Jahres des fünften Fünfjahrplans.

Laut dem staatlichen Plan der Entwicklung der Volkswirtschaft für 1955 soll das Gesamtvolumen der Bruttoproduktion der Industrie im Vergleich zu 1954 um mehr als neun Prozent vergrößert werden. Die Industrieproduktion wird im laufenden Jahr um 80 Prozent größer sein als im Jahre 1950. Das bedeutet, daß wir den Fünfjahrplan in der Industrie vorfristig erfüllen werden.

In noch größerem Maß wird die Produktion der Schwerindustrie ansteigen: sie wird im Laufe des Jahrfünfts um 84 Prozent zunehmen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr wird sich der Güterumsatz auf den Eisenbahnen, im Kraftwagenverkehr, in der Binnen- und Seeschiffahrt erhöhen.

In der Landwirtschaft ist noch im laufenden Jahr wesentliche Arbeit zur Erfüllung des Beschlusses des Jänner-Plenums des Zentralkomitees der Partei zu leisten. Im Plan ist vorgesehen, die Produktion von Getreide, gewerblichen Nutzpflanzen, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Milch, Eiern und Wolle bedeutend zu steigern.

Die im Plan des Jahres 1955 vorgesehene Vergrößerung der Quellen landwirtschaftlicher Rohstoffe wird die weitere Steigerung der Produktion von Konsumgütern gewährleisten, die im Vergleich zu 1950 um 71 Prozent zunehmen wird.

Das Jahr 1955 wird ein Jahr des weiteren Aufstieges des materiellen Wohlstandes und des kulturellen Lebensniveaus des Volkes sein. Das Nationaleinkommen wird im Vergleich zum vergangenen Jahr um zehn Prozent zunehmen. Die Gesamtlohnsumme der Arbeiter und Angestellten wird wachsen, die Natural- und Geldeinkünfte der Bauern werden steigen, der Wohnungsbau wird erweitert werden.

Die Erfüllung des Plans der Entwicklung der Volkswirtschaft für das laufende Jahr wird die maximale Aufbietung und bessere Nutzung der in der Wirtschaft vorhandenen Reserven und die angespannte Arbeit unseres ganzen Volkes erfordern.

Von größter Bedeutung für die Erfüllung der im Plan vorgezeichneten Aufgaben ist die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität ist ein außerordentlich wichtiger Faktor für die Steigerung der Produktion der Volkswirtschaft, für die Herabsetzung der Selbstkosten und das Anwachsen der Akkumulationen. Jedoch muß man offen feststellen, daß bei uns in dieser wichtigen Angelegenheit ernste Mängel vorhanden sind. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität bleibt hinter den Aufgaben des Fünfjahrplans zurück.

Genossen, die Weisungen W. I. Lenins über die entscheidende Bedeutung der Arbeitsproduktivität beim Aufbau der neuen Gesellschaft

dürfen nicht vergessen werden. Man muß im Auge haben, daß wir nur nach Maßgabe der Steigerung der Produktivität der gesamten gesellschaftlichen Arbeit den Konsum der Bevölkerung erhöhen können.

In unserem Lande ist für die technische Ausrüstung und für die Erleichterung der Arbeit, für die Hebung der Qualifikation der Werktätigen viel getan worden. Diese Arbeit muß fortgesetzt werden. Es gilt, die Arbeitsorganisation in der Produktion zu verbessern und die Erfüllung und Übererfüllung des für 1955 festgesetzten Solls der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu gewährleisten, wobei man beachten muß, daß dieses Soll ein minimales ist.

Die Lösung der Wirtschaftsaufgaben, vor denen wir stehen, hängt in großem Maße von der weitgehenden Einführung der fortgeschrittenen Technik in allen Zweigen der Volkswirtschaft ab. Unsere Erfolge auf technischem Gebiet sind unbestreitbar. Mit der Inbetriebnahme des ersten industriellen Atomkraftwerkes, das dank den Bemühungen sowjetischer Gelehrter und Ingenieure projektiert und erbaut wurde, hat unser Land einen realen Schritt zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke vollführt. Wie bereits berichtet, sind bei uns Arbeiten zur Schaffung auch bedeutend mächtigerer Atomkraftwerke im Gang.

So groß unsere Erfolge auf dem Gebiet des technischen Fortschrittes auch sind, liegen immerhin in verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft in dieser Hinsicht ernstliche Mängel vor. Viele Forschungs- und Konstruktionsorganisationen sind hinsichtlich der Ausarbeitung hochproduktiver, dem Stand der modernen Welttechnik entsprechender Maschinen und Produktionsmethoden, viele Betriebe hinsichtlich der Meisterung und der weitgehenden Einführung solcher Maschinen und Produktionsmethoden in der Volkswirtschaft im Rückstand. Das muß verbessert werden. Es gilt, die Arbeit der Ministerien, der wissenschaftlichen Anstalten und der Ingenieure und Techniker in dieser Hinsicht zu verbessern, damit der technische Fortschritt in unserem Lande von Jahr zu Jahr beschleunigt wird. Die Minister und die Leiter der Ämter müssen für die Erfüllung dieser Forderung als einer staatswichtigen Aufgabe einstehen.

Eine der Voraussetzungen für den erfolgreichen wirtschaftlichen Aufbau sind die staatlichen materiellen Reserven. Die Reserven sind unsere Stärke, sie bedeuten eine Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Landes. Daher wäre es ein unverzeihlicher Fehler, dieser äußerst wichtigen Sache weniger Beachtung zu schenken oder sich dazu verleiten zu lassen, laufende Teilaufgaben auf Kosten der staatlichen Reserven zu erfüllen. Die staatlichen Reserven an Rohstoffen, Material, Treibstoff, Industriewaren und Nahrungsmitteln zu vergrößern, ist eine hochwichtige Aufgabe.

Die Partei führt konsequent die Politik der allseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung aller zur großen Sowjetunion ge-

hörenden Republiken und Rayons durch. In der letzten Zeit sind einige Ministerien aus Unions- in Unions- und Republikministerien umgewandelt worden. In diesem Zusammenhang wurde ein bedeutender Teil der Betriebe, die Unionsbehörden unterstellt waren, nunmehr Unions- und Republikbehörden unterstellt. Durch die Ausnützung der neuen, weitergehenden Möglichkeiten müssen die Sowjet- und Wirtschaftsorgane der Unionsrepubliken die Leitung des Wirtschafts- und Kulturaufbaus verbessern.

Die Erfüllung des vom Obersten Sowjet der UdSSR bestätigten Staatshaushaltplans für 1955 erfordert von allen Ministerien, Betrieben, Bauvorhaben und Wirtschaftsorganisationen die Durchführung des strengsten Sparsamkeitsregimes, tagtägliche Aufmerksamkeit für die Fragen der Herabsetzung der Selbstkosten und der Gewährleistung der festgesetzten Akkumulationen.

Wir haben die Pflicht, auf die weitere Vervollkommnung und Verbilligung des Staatsapparates hinzuwirken und seine Arbeit zu verbessern, indem Kanzleiunwesen und bürokratische Methoden der Leitung ausgemerzt, das Niveau der organisatorischen Arbeit und die Verantwortung für eine erteilte Aufgabe in allen Abschnitten der Verwaltung erhöht wird. Eine entscheidende Vorbedingung für die weitere Vervollkommnung des Staatsapparates ist die Entwicklung des Gefühls für das Neue, das Vorgeschrittene, das Fortschrittliche bei allen — den oberen und unteren — leitenden Funktionären, die umfassende Nutzung der Initiative der werktätigen Massen, die allseitige Entfaltung von Kritik und Selbstkritik.

In allen Bereichen unserer staatlichen Tätigkeit, des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus, gibt es noch viele Mängel, deren Behebung von uns bedeutende Anstrengungen erfordert. Die Deputierten, die hier zum Staatsbudget sprachen, haben eine Reihe richtiger kritischer Bemerkungen an die Adresse von Ministerien und Ämtern gemacht.

Die Regierung wird die Ausführungen der Deputierten studieren und die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der von ihnen aufgezeigten Mängel treffen.

Genossen Deputierte!

Gestern hielt der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Genosse Molotow, vor uns ein Referat. In seinem Referat wurde eine richtige Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage gegeben und mit erschöpfender Ausführlichkeit die Außenpolitik der Sowjetregierung dargelegt.

Die einmütige Billigung der Außenpolitik der Sowjetregierung durch die Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR bekräftigt aufs neue, daß sie den Grundinteressen unseres Volkes entspricht. Diese Politik entspricht zugleich den Bestrebungen und Erwartungen nicht nur unseres Volkes, sondern auch der Völker anderer Länder.

Die Völker kennen kein stärkeres Streben als das nach Frieden. Durch ihre ganze Tätigkeit zeigte und zeigt die Sowjetregierung, daß sie für den Frieden ist und sich für die Sache des Friedens einsetzt, daß sie einen Beitrag nach dem anderen zur internationalen Entspannung und Festigung der normalen Beziehungen zu allen Völkern leistet.

Bei unseren Beziehungen zu den anderen Staaten lassen wir uns von dem Bestreben leiten, zur Festigung des Friedens beizutragen, wobei wir das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten hochhalten. Wir sind für solche Verhandlungen und wirken auf solche Abkommen mit anderen Ländern hin, die zur Entspannung in den internationalen Beziehungen führen. Es versteht sich von selbst, daß jedwede Verhandlungen nur unter der Voraussetzung erfolgreich sein können, daß auch der andere Verhandlungspartner danach strebt. Wir sind der Auffassung, daß dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der einzig reale Weg ist, der positive Ergebnisse zeitigen könnte.

Die Sowjetregierung wird auch weiterhin konsequent die Politik der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker, die Politik der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern durchführen, diese Politik, die sich gerechtfertigt und in der Praxis bewährt hat.

Zur Normalisierung der internationalen Lage und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern trägt die Herstellung gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Handelsbeziehungen zwischen den interessierten Staaten bei. Jedes Land soll, was es kann, frei verkaufen und ohne irgendwelche Diskriminierung alles kaufen, was es von anderen Ländern braucht. Was unser Land betrifft, so sind wir für einen ausgedehnten Handel mit allen Ländern ohne Unterschied des staatlichen und gesellschaftlichen Systems. Es ist jedermann klar, daß ohne einen Handel, der den gegenseitigen Interessen Rechnung trägt, normale Beziehungen zwischen den Ländern nicht bestehen können. Der Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen und die Beseitigung der Hindernisse, die einer sachlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Wege stehen, könnte der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten in vielem förderlich sein.

Wir glauben, daß in den kapitalistischen Ländern gesunde Kräfte vorhanden sind, die Mittel und Wege finden werden, um die Beziehungen zwischen den Ländern im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker zu verbessern.

Die Sowjetunion ist ein friedliebendes Land. Sie bedroht niemanden und hat nicht die Absicht, irgend jemand zu überfallen. Wir sind bemüht, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit allen Ländern zu entwickeln, die ebensolche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten möchten.

In den Jahren des Krieges gegen das faschistische Deutschland

bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion, den USA und England, der sich dann auch Frankreich anschloß. Diese Zusammenarbeit hat bekanntlich positive Ergebnisse gebracht. Sie könnte auch jetzt, in Friedenszeiten, fortgesetzt werden. Nicht durch unser Verschulden hat sich die Lage geändert. Gegenwärtig sucht die Regierung der USA ihre Beziehungen zu uns nicht auf Verständigung, sondern auf einer „Politik der Stärke" aufzubauen. Eine derartige Politik ist eine gefährliche Politik; sie führt nicht zu Zusammenarbeit, sondern zur Zuspitzung der Beziehungen, nicht zur Rüstungseinschränkung, sondern zum Wettrüsten und birgt die Gefahr der Entfesselung eines neuen Krieges in sich.

Die aggressive Politik der USA und ihre Vorbereitungen zur Entfesselung eines neuen Krieges dürfen von uns nicht unterschätzt werden. Die reaktionären Kreise der USA und der von ihnen abhängigen Länder betreiben das Wiederaufleben des deutschen Militarismus und die Einbeziehung des remilitarisierten Westdeutschland in die aggressiven militärischen Gruppierungen der Westmächte. In Asien schaffen sie gleichfalls Militärblocks, organisieren militärische Provokationen gegen die Volksrepublik China und mischen sich in deren innere Angelegenheiten ein.

Die amerikanische Regierung hat den gefährlichen Weg der Zuspitzung der Lage im Raum von Taiwan eingeschlagen. Sie verstärkt dort ihre Streitkräfte — die Flotte und die Luftwaffe — und setzt die Politik der Kriegsprovokationen fort. Unter Mißachtung der legitimen Rechte der Volksrepublik China und unter krasser Verletzung internationaler Abkommen haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika eines altangestammten, untrennbaren Teiles des Territoriums Chinas, der Insel Taiwan, bemächtigt und sie zu einem Herd militärischer Provokationen im Fernen Osten gemacht.

Man muß sich über den Standpunkt wundern, den die Organisation der Vereinten Nationen in dieser Frage bezieht. Sie hat bis jetzt die Aggressionsakte der USA gegen China nicht verurteilt, von den USA nicht den sofortigen Abzug ihrer Streitkräfte aus Taiwan und die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China gefordert. Die Politik der chinesischen Regierung in dieser Frage wird von unserer Seite voll und ganz gebilligt und unterstützt. **(Beifall.)** Die Volksrepublik China genießt die Sympathie der Sowjetvölker und der ganzen fortschrittlichen Menschheit auch deshalb, weil sie ihren Kampf für eine gerechte Sache, für die Ehre und Unabhängigkeit ihres Heimatlandes, führt. Bei dieser erhabenen Sache kann das chinesische Volk auf die Hilfe seines treuen Freundes, des großen Sowjetvolkes, rechnen. **(Anhaltender Beifall.)**

Die Vereinigten Staaten von Amerika vergrößern weiter das Netz ihrer Militärstützpunkte rund um die friedliebenden Länder und setzen

die forcierte Aufrüstung fort. Dabei wird besonderes Gewicht auf die Entwicklung der Luftstreitkräfte und der Atomwaffe gelegt.

In den USA herrscht schon seit langem eine Atmosphäre der Kriegshysterie. Immer wieder treten Politiker und Militärs mit Kriegshetze und Kriegsdrohungen auf den Plan. Manche von ihnen sind so sehr außer Rand und Band geraten, daß sie ohne jede Hemmung den Einsatz der Atomwaffe in einem Krieg gegen friedliebende Staaten fordern.

Es gilt, jene Wahnwitzigen zur Ordnung zu rufen, die mit der Atombombe herumfuchteln. Das fordern die Völker, und die Regierung jedweden Landes kann nicht umhin, dem Rechnung zu tragen. **(Beifall.)**

Die Politik der aggressiven Kräfte des kapitalistischen Lagers kann unsere Völker nicht überrumpeln. Die Aggressoren meinen wohl ernstlich, sie würden uns um so mehr einschüchtern, je mehr sie uns drohen. Wir hatten Gelegenheit, viele Drohungen aller Art zu vernehmen, doch das Sowjetvolk gehört nicht zu den Furchtsamen, und es einzuschüchtern, wird niemandem gelingen. **(Anhaltender Beifall.)**

Unter den gegebenen Verhältnissen wird die Sowjetunion auch weiterhin auf der Wacht des Friedens stehen und ihre Wehrkraft erhöhen. Die Regierung der Sowjetunion wird die Zusammenarbeit und brüderliche Freundschaft mit der Volksrepublik China, mit allen anderen Volksdemokratien vertiefen, sich für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage einsetzen und die Handelsbeziehungen sowie den Kulturaustausch mit den Ländern erweitern und verstärken, die normale Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten.

Was soll man von jenen kurzsichtigen Politikern sagen, die die Friedensliebe des Sowjetstaates geradezu als Ausdruck unserer Schwäche bewerten? Ihnen muß man vor allem die kürzlichen Lehren der Geschichte, das Schicksal der hitlerfaschistischen Eindringlinge ins Gedächtnis rufen. Es gab bekanntlich auch andere Abenteurer, die Anschläge auf unser Land machten. Sie alle haben ein schmähliches Ende gefunden. **(Beifall.)** Unser Volk hat es stets vermocht, für sich einzustehen und jenen eine vernichtende Abfuhr zu erteilen, die auf seine Freiheit und Unabhängigkeit einen Anschlag verübten.

Das wird auch künftighin so sein. **(Anhaltender Beifall.)**

Wie bisher muß es auch weiterhin unsere Aufgabe sein, das Vermächtnis Wladimir Iljitsch Lenins: ständig auf der Hut zu sein und wie den Augapfel die Streitkräfte und die Wehrkraft unseres Landes zu hüten, unbeirrbar und unentwegt zu verwirklichen. **(Stürmischer Beifall.)**

Im Großen Vaterländischen Krieg bewies die Sowjetarmee ihre Überlegenheit über die Armee des Feindes, und unsere Waffen über-

trafen die Waffen der deutschen Armee, die zu jener Zeit als die besten Waffen der Armeen der kapitalistischen Länder galten.

Um auch im weiteren die von den sowjetischen Waffen errungene Überlegenheit über die Bewaffnung der kapitalistischen Armeen beizubehalten, haben das Zentralkomitee der Partei und die Regierung in der Nachkriegszeit eine gewaltige Arbeit geleistet und große Erfolge in der Ausrüstung unserer Streitkräfte mit neuen, ganz modernen Waffen und Kriegsgerät erzielt. **(Anhaltender Beifall.)**

Heute haben wir eine erstklassige, gut ausgerüstete und kampfkräftige Armee, Luftwaffe und Kriegsflotte, bereit, jeden Auftrag der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung zur zuverlässigen Gewährleistung der Sicherheit unseres Heimatlandes auszuführen. **(Stürmischer Beifall.)**

Die Verstärkung der Verteidigungskraft des Staates, die Aufrechterhaltung der Kampfkraft der heldenmütigen Streitkräfte auf einem Niveau, wie es von den Interessen unseres Heimatlandes, von der internationalen Lage und von der modernen Entwicklung des Militärwesens diktiert wird, werden auch künftighin eine der Hauptsorgen unserer Partei und der Regierung sein. **(Beifall.)**

Genossen Deputierte!

Die unverbrüchliche Einigkeit des Volkes, der Regierung und der Kommunistischen Partei, die moralische und politische Einheit der Sowjetgesellschaft, die Freundschaft unserer Völker und die Bereitschaft der Sowjetmenschen, heldenhaft für das Wohl des sozialistischen Heimatlandes zu arbeiten, waren stets ein mächtiger Quell der Kräfte des Sowjetstaates.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß auch im weiteren die Arbeiterklasse, die Kolchosbauernschaft und die Volksintelligenz unseres Landes keine Kräfte sparen werden, um die Macht der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken noch mehr zu steigern und neue Erfolge im Aufbau des Kommunismus zu erringen! **(Stürmischer, langanhaltender Beifall. Alle erheben sich von ihren Plätzen.)**

Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Regierung der UdSSR

Referat des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers der UdSSR, des Deputierten W. M. MOLOTOW, im Obersten Sowjet der UdSSR am 8. Februar 1955.

I.

Änderungen in der internationalen Lage

Genossen Deputierte!

Zehn Jahre sind vergangen seit Beendigung des zweiten Weltkriegs. Heute haben sich die in der internationalen Lage eingetretenen Veränderungen wie nie zuvor klar herausgebildet, wenn man die gegenwärtige Lage mit der vor dem Krieg vergleicht.

Vor dem zweiten Weltkrieg war die Sowjetunion der einzige sozialistische Staat, der sich im Ring einer kapitalistischen Umwelt befand. Im Laufe von mehr als einem Vierteljahrhundert war das so.

Nach dem Krieg hat sich die Lage, man kann sagen, grundlegend gewandelt.

Heute kann man nicht mehr von der UdSSR und der kapitalistischen Umwelt in dem gleichen Sinne sprechen wie vor dem Krieg. Das würde bedeuten, daß man die wichtigsten Wandlungen in der internationalen Gesamtlage nicht bemerkt oder zumindest unterschätzt. Indes sind jedoch nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Wandlungen eingetreten.

Das wichtigste Ergebnis des ersten Weltkriegs war bekanntlich die revolutionäre Umgestaltung Rußlands in den sozialistischen Sowjetstaat. In der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg hat unser Land gewaltige Erfolge im Wachstum seiner sozialistischen Wirtschaft, in der Entwicklung der sozialistischen Kultur errungen. Schon in der Vorkriegszeit hat der Sozialismus in unserem Lande gesiegt; aber erst nach dem zweiten Weltkrieg hat sich die UdSSR der internationalen Isolierung entledigt.

Das wichtigste Ergebnis des zweiten Weltkriegs war die Bildung des

Weltlagers des Sozialismus und der Demokratie mit der UdSSR an der Spitze, richtiger gesagt, mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China an der Spitze, neben dem kapitalistischen Weltlager. **(Stürmischer, anhaltender Beifall.)**

Die Bildung des neuen Lagers wurde möglich durch die Zerschmetterung des Faschismus, durch die Schwächung der Weltposition des Kapitalismus und den nie dagewesenen Aufschwung der demokratischen Bewegung. Bekanntlich haben unser Land, das Sowjetvolk und seine glorreiche Armee die entscheidende Rolle in diesen internationalen Ereignissen gespielt. **(Beifall.)**

In unserer Zeit befindet sich die Sowjetunion nicht mehr in der gleichen internationalen Lage wie vor dem Krieg. Heute ist die UdSSR nicht mehr der einzige sozialistische Staat in der Welt. Die internationale Isolierung der UdSSR gehört der Vergangenheit an.

Neben dem kapitalistischen Lager ist das Lager des Sozialismus und der Demokratie entstanden, das folgende Staaten vereinigt: die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Volksrepublik China, die Polnische Volksrepublik, die Tschechoslowakische Republik, die Deutsche Demokratische Republik, die Ungarische Volksrepublik, die Rumänische Volksrepublik, die Volksrepublik Bulgarien, die Volksrepublik Albanien, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Mongolische Volksrepublik und die Demokratische Republik Vietnam.

Wir wissen, daß die von mir oben genannten Staaten auf verschiedenen Stufen ihrer Entwicklung, auf verschiedenen Stufen ihrer sozialen Umgestaltung stehen. Neben der Sowjetunion, in der die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft bereits errichtet sind, bestehen auch solche volksdemokratischen Länder, die lediglich die ersten, doch äußerst wichtigen Schritte zum Sozialismus getan haben.

Entscheidend für alle Länder des demokratischen Lagers ist jedoch die Tatsache, daß sie sich endgültig vom imperialistischen System befreit haben, bei dem sich die Macht in den Händen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten befindet. Sie haben einen neuen Weg gewählt und begonnen, tiefschürfende demokratische und sozialistische Umgestaltungen erfolgreich zu verwirklichen, bestrebt, den Frieden und die Sicherheit für diesen gesamten neuen großen Aufbau zu gewährleisten.

Das wurde möglich, weil hier die Arbeiter und Bauern zusammen mit allen Werktätigen und demokratischen Kräften ein festes politisches Bündnis unter der Gesamtführung der Arbeiterklasse geschaffen haben. Gerade dieses revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern, das alle Werktätigen vereinigt, ermöglichte die Beseitigung der Gutsbesitzerwirtschaft und die Übergabe des Bodens an die Bauern und gewährleistete auch die Überführung der Fabriken, Werke, Eisenbahnen und Banken in die Hände der neuen, wahrhaft demokratischen Staatsmacht.

Die Fesseln des Kapitalismus sind nicht nur an einer Stelle, sondern

an einer großen Front gesprengt. Nach unserem Lande, das seine siegreiche sozialistische Revolution im Jahre 1917 vollzogen hat, erlitt der Kapitalismus im Ergebnis des zweiten Weltkriegs auch in einer ganzen Reihe anderer Staaten eine Niederlage.

Die Erfolge der Länder des neuen, volksdemokratischen Typus, die durch die Anstrengungen der vom Joch des Kapitals befreiten Völker gewährleistet wurden, stützen sich nicht nur auf den Sieg der Sowjetarmee über die faschistischen Aggressoren, sondern auch auf den ständigen Beistand der Sowjetunion bei den von ihnen auf dem Wege zum Sozialismus durchgeführten politischen, ökonomischen und sozialen Umgestaltungen. Heute stützen sich bei der ganzen Bedeutung und besonderen Rolle der UdSSR, deren Macht auf dem hohen Stand der Schwerindustrie und zugleich damit auf dem unablässigen Aufschwung der ganzen Industrie und der sozialistischen Landwirtschaft beruht, die Länder des sozialistischen Lagers immer mehr auch auf den gegenseitigen Beistand.

Es ist ganz natürlich, daß sich infolge der eingetretenen Wandlungen in der Weltlage das Kräfteverhältnis zwischen den Gesellschaftssystemen besonders im letzten Jahrzehnt eindeutig zugunsten des Sozialismus verschoben hat.

Sieht etwa das gegenwärtige Europa dem Vorkriegseuropa ähnlich?

Kann man etwa an den gewaltigen Wandlungen vorübergehen, die hier im Ergebnis des vergangenen Weltkriegs eingetreten sind? Und ist es denen, die in ihren Überlegungen objektiv und unvoreingenommen sein können, etwa nicht klar, daß zusammen mit der Sowjetunion auch eine Reihe anderer Staaten entschieden vom kapitalistischen Weg auf den Weg des sozialistischen Aufstiegs und der Wiedergeburt übergegangen sind und daß kein einziges dieser Länder wieder zum Kapitalismus wird zurückkehren wollen? Geht man auf die konkreten Tatsachen ein, so erweist sich, daß von der gesamten, etwa 600 Millionen zählenden Bevölkerung Europas ungefähr die Hälfte, etwas weniger als 300 Millionen, bereits fest im Lager des Sozialismus und der Demokratie stehen.

Folglich haben wir heute schon längst nicht mehr das Vorkriegseuropa vor uns.

In dem gegenwärtigen, neuen Europa nehmen die Länder des sozialistischen Lagers bereits nicht minder starke Positionen ein, als die Länder des kapitalistischen Lagers. Noch wichtiger ist, daß die Länder unseres sozialistischen Lagers, wenn auch mit nicht geringen Schwierigkeiten und nicht ohne ernste Mängel in ihrem Aufbau, doch zuversichtlich vorwärtsschreiten, die neue, demokratische Ordnung unablässig festigen, das Kulturniveau und den Wohlstand ihrer Völker auf eine neue, höhere Stufe heben.

Eine neue Situation ist auch in Asien entstanden.

Die Bevölkerung Asiens zählt ungefähr 1,4 Milliarden Einwohner, das sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung der ganzen Erde. Heute lebt auch in Asien etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung in den Ländern der Volksdemokratie, die das Lager des Kapitalismus verlassen und sich den Aufbau des Sozialismus zum Ziel gesetzt haben.

Es genügt festzustellen, daß das gleiche China, das noch vor kurzem ein halbkoloniales Land war, das sich in drückender Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten befand und keine Möglichkeit hatte, die Einheit seines Staatsgebiets zu sichern, sich nun in einem einigen, großen Staat zusammengeschlossen hat, der den Weg des allseitigen Aufschwungs seiner nationalen Kultur und Wirtschaft betreten hat. Bemerkenswert ist auch, daß dies erst möglich geworden ist, seitdem die Kommunistische Partei die Führung des chinesischen Staats übernommen hat. **(Beifall.)** Es ist kein Zufall, wenn es in einem der heute populärsten Lieder des chinesischen Volkes heißt: „Die Kommunisten haben uns den Weg der Siege eröffnet, und ohne Kommunisten gibt es kein China." **(Beifall.)**

Zeugen diese Tatsachen und die tiefschürfenden Umgestaltungen, die in Korea und in Vietnam eingeleitet wurden, etwa nicht von den grundlegenden Wandlungen, die in Asien eingetreten sind? Zeugt etwa all das nicht davon, daß sich in Asien in der Nachkriegszeit revolutionäre Umgestaltungen vollzogen haben, die von größter historischer Bedeutung sind?

Die Wandlungen, die sich in Asien vollzogen haben, beschränken sich jedoch keinesfalls auf die bereits erwähnten Länder.

Von großer historischer Bedeutung ist die Tatsache, daß es heute kein koloniales Indien mehr gibt, sondern eine indische Republik besteht. Das ist ein bedeutsamer Umschwung in den Geschehnissen, die die Nachkriegsentwicklung in Asien kennzeichnen. Immer mehr wächst das internationale Ansehen Indiens als neuer wichtiger Faktor der Festigung des Friedens und der Völkerfreundschaft.

Außer Indien hat auch Indonesien sowie Birma das Kolonialregime abgeschüttelt. Wir wollen hoffen, daß auch Pakistan und Ceylon und die anderen Völker Asiens ihren Weg zu wahrer nationaler Freiheit und wirtschaftlicher Wiedergeburt finden werden. **(Beifall.)**

Im April, das heißt, in zwei Monaten, soll in Bandung (Indonesien) die Asien-Afrika-Konferenz zusammentreten, wobei die Teilnahme von 30 Ländern Asiens und Afrikas vorgesehen ist. Schon die Tatsache der Einberufung einer solchen Konferenz an sich zeugt davon, wie groß die positiven Wandlungen sind, die sich in letzter Zeit in Asien vollzogen haben.

Nicht geringe Wandlungen sind auch im Nahen und Mittleren Osten eingetreten.

Wir können nicht sagen, daß beispielsweise in den Ländern des

arabischen Ostens die nationale Befreiungsbewegung bereits die Stärke und das Ausmaß erlangt hat, wie in einer ganzen Reihe von Staaten Asiens. Die hier bestehenden Staaten, besonders solche mit großen Erdölreichtümern, befinden sich noch in drückender Abhängigkeit von den sogenannten „westlichen" Ländern, die die örtlichen Erdöl- und anderen Naturschätze an sich gerissen haben. Es kommt auch vor, daß in diesen Gegenden die Regierungsbildung und der Regierungswechsel lediglich nach dem Willen der amerikanischen und englischen Erdöl- und sonstigen ausländischen kapitalistischen Gesellschaften erfolgt. Die nationale Befreiungsbewegung wächst aber auch hier unaufhaltsam.

Die Völker Afrikas stehen in ihrer Mehrheit immer noch unter dem Kolonialjoch. Es ist jedoch ganz offensichtlich, daß die nationale Befreiungsbewegung der Völker Afrikas sich bald nicht mehr ungestraft drosseln lassen wird, wie dies die imperialistischen Staaten immer noch tun, die die Gebiete in Afrika besetzt halten.

Man wird sagen können, daß Nord- und Südamerika immer noch abseits vom großen historischen Wege liegen, auf dem sich die Völker Europas und Asiens erfolgreich vorwärtsbewegen. Doch der „Eiserne Vorhang", mit dem der nordamerikanische Imperialismus Amerika von den anderen Erdteilen trennen möchte, ist keineswegs so fest, wie es scheint. Vergeblich sind auch die Spekulationen auf die „Eiserne Ferse" der kapitalistischen Monopole, deren bedrückende Herrschaft schon vor einem halben Jahrhundert der bekannte amerikanische Schriftsteller Jack London so markant und mit solcher Bitterkeit geschildert hat, in der Voraussicht, unter welch gewaltigen Schwierigkeiten die Völker Amerikas werden vorwärtsschreiten können auf dem Wege wahren Fortschritts und der Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus.

Jedenfalls sind, wenn man von der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg spricht, vorläufig gerade die Änderungen, die auf dem amerikanischen Kontinent vor sich gegangen sind, am wenigsten bemerkbar, obwohl auch hier die Bedeutung der unterirdisch, in den Tiefen des Lebens der Völker anschwellenden fortschrittlichen Strömungen mit jedem Tag immer mehr hervortritt. Diese Lage zeugt keineswegs von der Festigkeit des amerikanischen „Eisernen Vorhangs" oder von einer besonderen Zuverlässigkeit der „Eisernen Ferse", mit der die kapitalistischen Monopole die Arbeiter sowie die Bauern niederdrücken, sondern vielmehr davon, daß Amerika das Zurückbleiben in seiner politischen Entwicklung zu überwinden, und daß es noch gewisse andere Länder in der politischen Entwicklung einzuholen haben wird.

Vergleichen wir die gegenwärtige internationale Gesamtlage mit der Vorkriegslage, so sehen wir, welch wichtige Änderungen in den letzten 10 bis 15 Jahren vor sich gegangen sind. Wir brauchen diese Änderungen nicht zu beklagen.

Somit ist für die Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Gesamtlage von außerordentlicher Bedeutung, wie sich nun das Verhältnis der wichtigsten Weltkräfte herausgebildet hat. Hierbei darf man das, was geschehen ist, und in welcher Richtung sich die Ereignisse weiter entwickeln, weder überschätzen, noch unterschätzen. Unter keinen Umständen darf man auch außer acht lassen, daß es sich um eine große historische Zeitspanne handelt, von der bis heute erst etwas mehr als 37 Jahre verstrichen sind.

Kann man etwa bestreiten, daß im Vergleich zur Vorkriegszeit eine ernste Schwächung der Positionen des Kapitalismus, der kapitalistischen Klassen erfolgt ist? Nein, das kann man nicht. Ebenso offensichtlich ist auch, daß diese Änderungen sich zugunsten des Sozialismus, zugunsten der demokratischen und sozialistischen Kräfte vollzogen haben. **(Beifall.)**

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges ist auch eine weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems vor sich gegangen. Das kam darin zum Ausdruck, daß sich neben dem kapitalistischen Weltlager ein anderes, neues Weltlager gebildet hat. Es entstand das demokratische Lager, das mit der UdSSR an der Spitze den Weg des Aufbaus des Sozialismus geht. Ob es gewissen Leuten paßt oder nicht — das sind Tatsachen.

Ein ökonomisches Ergebnis der erwähnten grundlegenden Geschehnisse ist der Zerfall des einheitlichen, allumspannenden Weltmarkts. Bekanntlich existiert dieser einheitliche Weltmarkt nicht mehr. Heute bestehen zwei einander entgegengesetzte, parallele Weltmärkte.

Somit haben die nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen beiden politischen Lager auch ihre entsprechende ökonomische Grundlage. All das gibt eine Vorstellung von der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die seit und im Ergebnis des zweiten Weltkrieges begonnen hat. Diese neue Phase zeugt von der ernsten Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Man sollte meinen, daß es unmöglich ist, diesen Tatsachen der eingetretenen historischen Veränderungen in der Weltlage nicht Rechnung zu tragen. In Wirklichkeit aber verhält es sich nicht immer so.

Der Kapitalismus mußte vor dem Ansturm der Volksmassen zurückweichen, die in einer ganzen Reihe von Staaten die Gutsbesitzer und Kapitalisten gestürzt und ihren eigenen Leuten, Vertretern der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der städtischen und ländlichen Demokratie, das Staatsruder in die Hand gegeben haben. Die herrschenden Klassen in den Ländern des Imperialismus wollen sich aber mit der entstandenen Lage nicht abfinden. In erster Linie gilt dies für die Vereinigten Staaten von Amerika, wo der Staat in der Hand der dort herrschenden Millionäre und Milliardäre liegt. Selbstverständlich sind auch in England und in

anderen imperialistischen Ländern die Magnaten des Kapitals vom gleichen Geist beseelt wie in Amerika.

Man wird nicht schwer erraten, was sie möchten.

Sie möchten alle Länder, die sich von den Fesseln des Kapitalismus befreit haben, wieder unter die Macht des Kapitalismus bringen. Das findet seine Bestätigung auch in der Außenpolitik, die heute von den imperialistischen Staaten und insbesondere von solchen Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika, England und anderen, betrieben wird.

Es ist nicht schwer, sich beispielsweise davon zu überzeugen, daß die regierenden Kreise der USA offen als Hauptziele ihres außenpolitischen Kurses nicht mehr und nicht weniger als die sogenannte „Befreiung" der Länder proklamieren, in denen die Arbeiter und Bauern gesiegt, die Werktätigen selbst die Macht übernommen haben. Sie malen sogar aus, daß eine solche, mit Verlaub zu sagen, „Befreiung", geradezu die Rückkehr dieser Länder in das „kapitalistische Paradies", oder, wie sie sich auszudrücken pflegen, die Rückkehr in die „freie Welt" bedeuten würde. Als diese „freie Welt" sehen sie das kapitalistische System an, in dem sich die Herren Ausbeuter so „frei" fühlen und die herrschenden Klassen „frei" und buchstäblich „bis zum äußersten" die Werktätigen ausbeuten können.

Sie möchten die volksdemokratischen Länder von der Staatsmacht, die durch das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern geschaffen wurde, „befreien" und dort Leute, die ihnen genehm sind, an die Macht bringen, das heißt, die dort nach dem Krieg entstandene neue sozialistische, demokratische Ordnung stürzen und das ihnen so sehr am Herzen liegende Regime des Kapitalismus, das Regime der Ausbeutung der Werktätigen, das Regime der Herrschaft der Kapitalisten und Gutsbesitzer, diesen Ländern aufzwingen.

Sie möchten damit in jenen Ländern anfangen, wo, wie sie glauben, ihre Agentur sich schneller aktivieren kann. Ein solcher Versuch wurde bekanntlich zum Beispiel am 17. Juni 1953 in Berlin unternommen. Es ist aber allgemein bekannt, daß er schmählich Fiasko erlitten hat. Das könnte den aggressiven Kreisen des Imperialismus eine Lehre sein; jedoch hört die Propaganda solcher Abenteuer nicht auf.

Die Gelüste der aggressiven imperialistischen Kreise und ihre finsteren reaktionären Wunschträume beschränken sich aber nicht auf die volksdemokratischen Länder. Sie möchten auch unser Land wieder zum Kapitalismus zurückführen.

Offen sprechen sie nicht oft davon, aber immerhin sprechen sie davon.

Hören Sie nur, wozu sich Herr Churchill versteigt, der heute mit Recht als einer der namhaftesten Ideologen des Imperialismus gilt. Bis auf den heutigen Tag wiederholt er immer wieder die eine fixe Idee, mit der er sich, wie er sagt, „sein ganzes Leben lang" trägt, näm-

lich den Gedanken, „den Bolschewismus im Keim zu ersticken". **(Bewegung im Saal.)**

Hier eine seiner Erklärungen zu diesem Thema, die er am 28. Juni 1954 im Nationalen Presseklub in Washington abgab: „Ich versichere Ihnen, daß ich mein Leben lang tatsächlich einer jener Prominenten war, die den Kampf gegen ihn (gegen den Kommunismus) führten. Hätten Sie mich im Jahre 1919 in gebührender Weise unterstützt, so hätten wir, wie ich glaube, den Kommunismus in seiner Wiege erwürgen können. Doch Sie zogen die Hände zurück und sagten: ‚Wie schrecklich'".

Selbst im Jahre 1954, das heißt, so viele Jahre nach dem Sieg der Sozialistischen Revolution in unserem Lande, findet Churchill nichts Klügeres, als von Erwürgung des Kommunismus „in seiner Wiege" zu reden, obzwar er damit schon ein wenig zu spät zu kommen scheint. **(Gelächter, Beifall.)**

Das ist ganz so wie im Sprichwort: „Die Leute kommen schon vom Basar, aber Nasar, der geht erst zum Basar." **(Gelächter, Beifall.)**

Heute lachen wir gern über die Jämmerlichkeit solcher sowjetfeindlichen Betrachtungen. Jedoch steht es uns nicht an, naiv zu sein: Die Kommunisten wie auch alle Sowjetmenschen dürfen nicht auf Liebe und Sympathie seitens der Imperialisten rechnen.

Churchills Reden sind durchdrungen von der Sehnsucht nach vergangenen Zeiten. Das Neue ist ihm fremd, und unversöhnlich feindlich gesinnt ist er allem Neuen, das seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann und zu der großen Bewegung der Völker für die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für die Befreiung aus dem bürgerlich-feudalen Joch wurde. **(Beifall.)**

Schon das 38. Jahr ruft nun Churchill zum Sturz der sozialistischen Ordnung, wo immer sie zur Welt kommt, auf, zetert er von der Notwendigkeit, diese neue Ordnung „in ihrer Wiege zu erwürgen". Er spricht die geheimsten Gedanken aller Imperialisten aus, die jetzt nur eines wollen: die volle Herrschaft, das heißt, die Weltherrschaft.

Wie aber kann man das erreichen, wenn die Völker selbst schon einen anderen Weg gewählt und nach dem entschlossenen Bruch mit dem Kapitalismus den Weg des Sozialismus und der Volksdemokratie beschritten haben?

Die Antwort auf diese Frage gibt der vom amerikanischen wie auch vom englischen Imperialismus verkündete außenpolitische Kurs: Die „Politik der Stärke". Dem Wunsch der aggressiven kapitalistischen Kreise Ausdruck gebend, wollen sich die Machthaber in diesen Ländern noch immer nicht mit den vollzogenen Tatsachen abfinden. Sie wollen nicht zugeben, daß die Völker das Recht haben, selber ihr Schicksal zu bestimmen, also das Recht, das Alte abzulehnen, die kapitalistische Ordnung zu liquidieren und ihre neue, sozialistische Ordnung zu errichten.

Die aggressiven imperialistischen Kreise denken anders. Sie sind nicht gewillt, die Rechtmäßigkeit des Strebens der Völker nach Befreiung von den Ketten des Kapitalismus anzuerkennen, und haben die Absicht, auf die Wiederherstellung der Herrschaft des Kapitalismus in der ganzen Welt hinzuarbeiten. Davon eben wird der außenpolitische Kurs zum Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika bestimmt: der Kurs auf Wiederherstellung der Herrschaft des Imperialismus in der ganzen Welt, der Kurs auf den Sturz des Sozialismus, auf den Sturz der Macht der Werktätigen in den volksdemokratischen Ländern. Diese Ziele inspirieren denn auch die aggressive Außenpolitik der USA. Diese Politik kann nichts anderes bedeuten, als Vorbereitung eines neuen Weltkrieges, eines Krieges für die Wiederherstellung der Weltherrschaft des Imperialismus.

All das bedeutet, daß das Neue im erbitterten Kampf mit dem Alten geboren wird, daß der Sozialismus in diesem oder jenem Lande nicht anders siegen kann, als durch Zurückschlagung und Überwindung des Widerstandes des Imperialismus und seiner Agentur.

So sieht die internationale Nachkriegslage aus, die den Charakter der grundlegenden Ereignisse in den letzten Jahren bestimmt.

II.

Zwei Linien in der internationalen Politik

Sowohl die Sowjetunion als auch die anderen Länder des sozialistischen Lagers verteidigen unbeirrbar und sicher die durch die Völker erkämpften Positionen und sind bestrebt, diese Positionen immer mehr zu festigen und ruhige, friedliche Bedingungen für ihren sozialistischen Aufbau zu gewährleisten. Das Lager der Demokratie und des Sozialismus ist das Lager des Friedens. Darum nennt man es auch gewöhnlich das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Die Interessen des Friedens und des Sozialismus verteidigend, setzt sich die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik für eine Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen ein.

Gemeinsam mit der Sowjetunion steuern alle Länder des demokratischen Lagers diesen außenpolitischen Kurs auf Milderung der internationalen Spannung.

Dem friedlichen außenpolitischen Kurs der Sowjetunion steht der außenpolitische Kurs der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber, der in der „Politik der Stärke" seinen Ausdruck findet. Der aggressive Charakter des amerikanischen außenpolitischen Kurses ist völlig offensichtlich.

Kann es etwa wundernehmen, daß die Volksmassen sich lebhaft dafür interessieren, was im internationalen Leben vor sich geht?

Millionen und aber Millionen Menschen verfolgen unverwandt, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln: Entwickeln sie sich in Richtung der Festigung des Friedens oder umgekehrt, in Richtung der Verschärfung der Gefahr eines neuen Krieges? Nichts berührt so sehr die Geschicke des Volkes, nichts bringt so viel Kummer und Leid wie der Krieg. Wem wäre es nicht klar, daß die Folgen eines neuen Krieges, wenn die Menschheit wieder in diesen Abgrund gestürzt würde, unermeßlich schwerer wären, als selbst die Folgen des zweiten Weltkrieges, der viele Millionen Menschenleben dahingerafft hat, ganz abgesehen von den unermeßlichen materiellen Opfern, die die Völker zu bringen hatten.

Im Geschehen des internationalen Lebens steht die Sowjetunion an besonderer Stelle.

Der Sowjetunion, dem Land des siegreichen Sozialismus, gehört der Ehrenplatz im aktiven Kampf für den Frieden, gegen die Kriegsbrandstifter. Heute ist die Sowjetunion zur Hauptstütze der Festigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern geworden. **(Stürmischer Beifall.)**

Mit der Stärkung der Kräfte der Sowjetunion wie auch der Volksrepublik China und aller volksdemokratischen Länder und mit dem zunehmenden Aufschwung der Friedensbewegung in allen anderen Ländern wächst das Bewußtsein der Völker, daß die Sache des Friedens in ihren eigenen Händen liegt und daß sie imstande sind, einen neuen Krieg zu verhindern, und daß sie den Frieden behaupten werden, falls sie keine Anstrengung scheuen und nötigenfalls mit aller Entschiedenheit die Sache des Friedens bis zum äußersten verteidigen. **(Anhaltender Beifall.)**

Die Sowjetunion erblickt ihre Hauptaufgabe darin, die Kräfte des Friedens zu stärken und zur Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beizutragen.

Dieser Kurs der sowjetischen Außenpolitik entspricht in größtem Maße den Interessen der Erhaltung und Festigung des Friedens. Zugleich dient er der Entlarvung der aggressiven Pläne und Ränke der Kriegsbrandstifter — jener imperialistischen Kräfte, die ihre Hoffnungen auf „Stärke" setzen, was sich in Wirklichkeit immer mehr in die Politik der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges verwandelt.

Heute entfaltet sich der Kampf zwischen den zwei gegensätzlichen Kursen der Außenpolitik.

Findet der friedliche Kurs der Außenpolitik der UdSSR immer mächtigere Unterstützung im demokratischen Lager und in den demokratischen Bevölkerungsschichten in allen Ländern, so stützt sich der aggressive Kurs der Außenpolitik der USA auf die Schaffung immer

neuer aggressiver Militärblocks und Gruppierungen und findet seinen letzten Ausdruck in der offenen Propaganda und Vorbereitung eines Atomkrieges.

Daneben gibt es Länder, die wirtschaftlich hauptsächlich mit dem kapitalistischen System verbunden sind, aber in den Fragen der internationalen Beziehungen für die Erhaltung des Friedens und die Milderung der internationalen Spannung Sorge tragen. Die Bedeutung einer Stärkung dieser Bestrebungen darf man auf keinen Fall unterschätzen.

Was bedeutet die Politik der Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen?

Das kann man am besten an den Tatsachen beurteilen. Als Beispiel kann man sowohl die Ereignisse aus dem verflossenen Jahr als auch die heutigen Ereignisse nehmen.

Auf Drängen der Sowjetunion fand Ende Jänner und in der ersten Hälfte des Februar 1954 die Berliner Konferenz unter Beteiligung der Außenminister Frankreichs, Englands, der USA und der UdSSR statt.

Auf dieser Konferenz strebten wir Lösungen an, die zu einer bedeutenden Entspannung der internationalen Beziehungen beitragen würden. Wir verlangten, daß alle vier Staaten die auf die Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland gerichteten Pläne entschieden verurteilen, und strebten danach, daß die Berliner Konferenz die Frage der Einberufung einer Weltkonferenz über eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen vorwärtsbringe. Die Vertreter der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs kamen uns dabei nicht entgegen.

Nichtsdestoweniger hat die Berliner Konferenz eine wichtige positive Rolle gespielt.

Die Bedeutung der Berliner Konferenz liegt vor allem darin, daß nach fünfjähriger Unterbrechung mit neuen internationalen Konferenzen der Großmächte begonnen wurde, was von großer Bedeutung für die Regelung der aktuellen internationalen Probleme ist. Was aber den in Berlin gefaßten Beschluß über die Einberufung einer weiteren Konferenz anbelangt, die dann auch in Genf stattgefunden hat, so ist bekannt, daß dieser Beschluß positive Resultate ergeben hat.

An der Genfer Konferenz beteiligten sich bekanntlich neben Frankreich, England, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion auch die Volksrepublik China sowie Vertreter der an der Regelung der koreanischen und der indochinesischen Frage interessierten Länder. War der Beschluß über Einberufung der Genfer Konferenz, an der trotz dem Widerstand der Vereinigten Staaten von Amerika alle fünf Großmächte einschließlich der Volksrepublik China teilgenommen haben, ein Erfolg der Berliner Konferenz, so haben die positiven Resultate der Konferenz in Genf bestätigt, wie notwendig die Beteiligung Chinas an dieser Konferenz war.

Die Genfer Konferenz hat ihre Aufgabe nicht ganz erfüllt, da sie die Lösung der koreanischen Frage nicht vorwärtsbrachte. Jedoch wurde auf dieser Konferenz das Abkommen über die Einstellung des Krieges in Vietnam, der bis dahin acht Jahre gedauert hatte, wie auch über Einstellung der Kriegshandlungen in Laos und Kambodscha erzielt. Diese Abkommen waren vor allem dank dem aufopferungsvollen Kampf des vietnamesischen Volkes um seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit ermöglicht worden. Dieser Kampf genoß wiederum die aktive Sympathie und Unterstützung anderer Völker. All das fand auf dieser Konferenz gewisse Anerkennung.

Von den Vereinigten Staaten wurden unverhüllte Versuche unternommen, das Zustandekommen einer Vereinbarung über die Wiederherstellung des Friedens in Indochina zu verhindern. Nicht nur der Staatssekretär Dulles, sondern auch der Vizepräsident der USA, Nixon, als hartnäckige Anhänger der „Politik der Stärke", strebten offen nicht die Beendigung des Krieges und nicht die Erfüllung der berechtigten Forderungen des vietnamesischen Volkes an, sondern die Weiterführung des Krieges und die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Indochina durch Waffengewalt. Sie trugen sich mit Plänen einer „Internationalisierung" des Krieges gegen das vietnamesische Volk, wobei sie außer Frankreich auch die Vereinigten Staaten und England in diesen Krieg hineinziehen wollten und suchten, das Übereinkommen in Genf, koste es, was es wolle, zu verhindern.

Es kam so weit, daß der USA-Staatssekretär Dulles nicht einmal gewillt war, an der Beratung über die indochinesische Frage teilzunehmen und demonstrativ aus Genf abreiste. Jedoch haben die Vereinigten Staaten, indem sie ihre Aggressivität demonstrierten, nichts erreicht und sich in eine isolierte Lage gebracht.

Die Resultate der Genfer Konferenz wurden als eine Niederlage der aggressiven Kräfte und zugleich als ein wesentlicher Sieg der friedliebenden Kräfte gewertet. Dadurch trug die Genfer Konferenz zur Milderung der internationalen Spannung und zur Festigung des Friedens bei.

Die aggressiven Kreise der USA wollen sich aber nicht zufrieden geben. Kaum war die Genfer Konferenz beendet, da berief der USA-Staatssekretär Dulles seine eigene Konferenz nach Manila (Philippinen) ein. Diese Konferenz wurde einberufen zu dem offenkundigen Zweck, die Erfüllung der Beschlüsse der Genfer Konferenz zu verhindern, wobei sich auch gewisse Teilnehmer der Genfer Konferenz, ohne zu bedenken, wie sich das auf ihr Prestige auswirken wird, bereit erklärten, bei dieser aggressiven Sache behilflich zu sein.

Auf der Dullesschen Manila-Konferenz wurde der Vertrag über sogenannte „kollektive Verteidigung Südostasiens" (SEATO) unterzeichnet, der einen militärischen Block solcher Kolonialmächte bildet,

wie der USA, Englands und Frankreichs sowie gewisser von diesen abhängiger asiatischer Staaten, wie der Philippinen, Thailands und Pakistans. Dieser Vertrag ist erfüllt von dem Wunsch, die nationale Befreiungsbewegung in Asien zu drosseln, und richtet sich offensichtlich mit seiner Spitze gegen die Volksrepublik China, deren internationales Ansehen in der Zeit der Genfer Konferenz trotz dem Widerstand allerlei reaktionärer Kreise so gewachsen ist.

Wovon zeugt das alles?

Davon, daß in den gegenwärtigen Verhältnissen ein Schritt zugunsten einer Milderung der internationalen Spannung auf jedweden Widerstand der aggressivsten Kreise stößt, die nicht an einer Milderung, sondern an einer Erhöhung der Spannung interessiert sind. Somit kann man eine Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen nicht anders als durch beharrlichen Kampf gegen die aggressivsten Kräfte und ihre Umtriebe erreichen; also darf man in diesem Kampf nicht nur nicht nachlassen, sondern muß ihn mit noch größerer Beharrlichkeit, Geschicklichkeit und Konsequenz fortsetzen.

Gegenwärtig gehen im Fernen Osten Ereignisse vor sich, die von neuen Versuchen der Aggressionskräfte zeugen, erhöhte Aktivität an den Tag zu legen, um eine Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu verhindern.

Wovon sonst, wenn nicht davon zeugen die Ereignisse im Raum von Taiwan und den anderen chinesischen Inseln?

Schwerlich wird man schimpflichere Tatsachen aus der Geschichte der imperialistischen Aggression anführen können, als das, was in den letzten Jahren in diesem Raum geschieht.

In der Tat sind Taiwan und die Poenghu-Inseln, ganz zu schweigen von den anderen bei China gelegenen Inseln, unstreitig chinesisches Territorium. Das wurde eigens in der Kairo-Deklaration von 1943 und später in der Potsdamer Deklaration von 1945 anerkannt, die sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch England unterzeichnet haben. Darüber hinaus wurde das auch in dem Akt über die Kapitulation Japans verankert, das bereits Ende des 19. Jahrhunderts diese Inseln an sich riß und sie dann auf Grund des Kapitulationsakts an China zurückerstattete.

Trotz alledem wurden diese Inseln nun von den Vereinigten Staaten von Amerika besetzt, die dort mit ihrem Geld die aus China hinausgejagte Verbrecherbande Tschiangkaischeks aushalten und mit Hilfe seiner Söldnertruppen einen Überfall auf China vorbereiten. In letzter Zeit ist es bereits soweit gekommen, daß der Präsident und der Kongreß der USA, von ihrer „Politik der Stärke" geblendet, begonnen haben, dem chinesischen Volk, das seine Rechte auf diese Inseln verficht und seine nationale Würde und Souveränität gegen den Aggressor verteidigt, mit dem Krieg zu drohen.

Der Standpunkt der Sowjetunion in dieser Frage ist klar und wohlbekannt.

Wir halten die Taiwanfrage für eine innere Angelegenheit Chinas und die annexionistischen Aktionen der USA und ihre Kriegsdrohungen für eine Aggression, die von der Organisation der Vereinten Nationen vorbehaltlos verurteilt werden muß, wenn sie auf ihre Autorität Wert legt. **(Beifall.)** Man kann nicht länger dulden, daß die legitimen Rechte der Volksrepublik China in der Organisation der Vereinten Nationen wegen des Widerstandes der USA bis jetzt nicht wiederhergestellt sind. Die Vereinigten Staaten müssen alle ihre Streitkräfte einschließlich der Luftwaffe und der Kriegsmarine, von Taiwan und aus der Taiwan-Straße abziehen. Dann werden im Fernen Osten die Feindseligkeiten eingestellt und der Frieden errichtet werden. **(Beifall.)**

Während der Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Frage Taiwan eine Gefahr für die Erhaltung des Friedens heraufbeschwört und die internationale Spannung erhöht, entspricht der Standpunkt der UdSSR auch in dieser Frage den Interessen einer Milderung der internationalen Spannung und dient der Festigung des Friedens im Fernen Osten.

Selbstverständlich denken wir an eine Milderung der internationalen Spannung nicht durch Untergrabung und Beschränkung der Freiheit und der nationalen Rechte dieses oder jenes Staates, dieses oder jenes Volkes, sondern bei Gewährleistung und womöglich Festigung dieser demokratischen Rechte, wie dies die Interessen des Fortschritts im Leben der Staaten und Völker erheischen.

Bei der ganzen Bedeutung der erwähnten Ereignisse in Asien, liegt die Annahme fern, daß die Lage in Europa in den Hintergrund treten könnte.

Es genügt, an die Pariser Abkommen zu erinnern, um ermessen zu können, wie sich die Lage hier zugespitzt hat.

Es bedarf keiner Beweise, daß seit Beendigung des zweiten Weltkrieges die deutsche Frage in den Mittelpunkt aller Nachkriegsprobleme Europas gerückt ist. Man sollte meinen, daß die zehn Jahre seit Kriegsende genügten, um klare Mittel und Wege zur Lösung des deutschen Problems vorzuzeichnen. Nichtsdestoweniger verhält es sich nicht so.

Wenn alle Staaten der Antihitlerkoalition während des Krieges und gleich nach Kriegsende darin übereinstimmten, daß es ihre gemeinsame Hauptaufgabe ist, die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staates zu gewährleisten, so zeigte sich schon in den ersten Jahren nach Kriegsende, daß nicht alle diese Staaten wirklich diese Ziele anstreben. Für die einen Staaten, zu denen die UdSSR gehört, war und bleibt das die Grundlage ihrer Politik in der Deutschlandfrage. Für andere Staaten aber waren es bloße Worte,

unter die sie ihre Unterschrift setzten, ohne ernstlich daran zu denken, die von ihnen unterzeichneten Abkommen zu erfüllen.

Die Sowjetunion war und ist für die Erfüllung der Hauptaufgabe der in Jalta und Potsdam unterzeichneten internationalen Abkommen. Es geht nicht um diese oder jene Paragraphen dieser Abkommen — viele sind schon unnötig, da sie durch die Ereignisse längst überholt sind. Das Hauptproblem aber, wie es in diesen wichtigsten internationalen Abkommen gestellt war — das Problem der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines wirklich friedliebenden demokratischen Staates — darf nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden, wenn uns die Interessen des Friedens und der Freiheit der Völker Europas am Herzen liegen. Dieses Problem wird solange auf der Tagesordnung bleiben, bis es entsprechend den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und zugleich auch unter gebührender Berücksichtigung der Interessen der nationalen Wiedergeburt des einigen demokratischen Deutschland gelöst wird. Die wachsenden friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes finden ihre verläßliche Stütze in der Deutschen Demokratischen Republik, die unbeirrbar die Sache der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verficht. **(Beifall.)**

In diesem Zusammenhang muß man auch die Frage der Pariser Abkommen betrachten.

Sowohl in dem abgelehnten Projekt der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft", als auch in den Pariser Abkommen läuft letzten Endes alles auf ein und dasselbe hinaus: sowohl der erste als auch der zweite Entwurf öffnet der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus in Westdeutschland und der Eingliederung eines remilitarisierten Westdeutschlands in die aggressiven militärischen Gruppierungen der Weststaaten Tür und Tor. Der Unterschied zwischen ihnen ist nicht groß: früher war vorgesehen, die westdeutsche Armee in eine sogenannte „Europaarmee" einzugliedern, nach den Pariser Abkommen aber soll sie in eine „Westeuropäische Armee" einbezogen werden. Dazu läßt sich nur sagen: „Das ist Jacke wie Hose, gehupft wie gesprungen." **(Gelächter, Beifall.)**

All das geschieht unter direkter Verletzung der bekannten internationalen Abkommen, unter denen die Unterschriften der vier Großmächte stehen und die die Verhinderung des Wiedererstehens des deutschen Militarismus bezwecken. Es ist auch ein grober Verstoß sowohl gegen den englisch-sowjetischen als auch gegen den französisch-sowjetischen Vertrag, denen zufolge England und Frankreich sich verpflichtet haben, gemeinsam mit der UdSSR Maßnahmen gegen die Möglichkeit einer neuen deutschen Aggression zu ergreifen sowie sich an keinen militärischen Gruppierungen zu beteiligen, die gegen die Sowjetunion gerichtet sind. Unter Verletzung der wichtigsten internationalen Abkommen und Verträge, die gemeinsam mit der UdSSR unterzeichnet wurden, lassen

die Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich nichts unversucht, um die Pariser Abkommen durchzubringen und ihre Verwirklichung zu beschleunigen.

Mit Ach und Krach gehen die Pariser Abkommen in den europäischen Parlamenten durch.

Es genügt zu erwähnen, daß trotz dem ganzen Druck von außen her und trotz allen Drohungen der Vereinigten Staaten gegen diejenigen, die nicht an die Notwendigkeit der Pariser Abkommen glauben, im französischen Parlament lediglich eine Minderheit der Abgeordneten für die Pariser Abkommen gestimmt hat. Im englischen Parlament hat sich ebenfalls nur eine Minderheit der Abgeordneten bereit erklärt, für die Pariser Abkommen zu stimmen. Dabei hat die Labourfraktion bekanntlich beschlossen, sich bei der Abstimmung restlos der Stimme zu enthalten. In Westdeutschland selbst nehmen alle wichtigen Gewerkschafts-, Partei- und Massenorganisationen der Arbeiterklasse, nach denen man sich bis zu einem gewissen Grad ein Bild über die wirklichen Stimmungen der Mehrheit des deutschen Volkes machen kann, entschlossen gegen die Pariser Abkommen und gegen die Remilitarisierung Stellung, da das deutsche Volk natürlich die für Deutschland äußerst schweren Folgen der beiden Weltkriege nicht vergessen kann.

Welchen Wert können da die Pariser Abkommen haben, von außen her aufgezwungen, von den Völkern Europas verurteilt und verworfen?

Dennoch darf man die negativen und direkt gefährlichen Folgen der Pariser Abkommen im Falle ihrer Ratifizierung und Verwirklichung nicht unterschätzen.

Die Gefahr der Ratifizierung der Pariser Abkommen für die Völker Europas ergibt sich daraus, daß diese Abkommen nicht der Festigung des Friedens, sondern der Vorbereitung eines Krieges dienen.

Gibt es etwa wenig Abenteurer unter den Anhängern der „Politik der Stärke", die so danach trachten, sich mit den zügellosen Revanchisten und Militaristen in Westdeutschland zu vereinen?

Man muß auch berücksichtigen, daß die Ratifizierung der Pariser Abkommen den nationalen Interessen des deutschen Volkes den schwersten Schlag zufügen würde.

Die Pariser Abkommen werden im Falle ihrer Ratifizierung das Haupthindernis für die Lösung des deutschen Problems sein. Auf lange Zeit hinaus werden sie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unmöglich machen. Sobald Westdeutschland remilitarisiert und in einen militaristischen Staat verwandelt sein wird, wird die Vereinigung dieses Teiles Deutschlands mit dem östlichen Teil, der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik, unmöglich werden. Alle Behauptungen, daß die Ratifizierung der Pariser Abkommen ersprießlichen Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht im Wege stehen würde, verfolgen das eine Ziel: Die Pariser Abkommen in den

Parlamenten durchzudrücken unter Benutzung aller Mittel der Irreführung und Täuschung der öffentlichen Kreise.

Hingegen würde es die Ablehnung der Pariser Abkommen und ein entsprechendes Übereinkommen zwischen den vier Mächten — Frankreich, England, USA und UdSSR — ermöglichen, noch in diesem Jahr gesamtdeutsche freie Wahlen durchzuführen, deren Ziel die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichen und demokratischen Grundlagen wäre. Darin liegt der Sinn der am 15. Jänner erfolgten Erklärung der Sowjetregierung zur deutschen Frage.

Den Franzosen, Belgiern, Norwegern und anderen wird versichert, die Pariser Abkommen, die die Wiedergeburt der Wehrmacht vorsehen, seien für die Gewährleistung ihrer Sicherheit notwendig.

Man betrügt sie gewissenlos, wenn man ihnen einzureden sucht, daß von der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern eine Gefahr für die Sicherheit der westeuropäischen Länder ausgehe, obwohl auch diejenigen, die das beständig wiederholen, wissen, daß es eine infame, schmutzige Verleumdung gegen unser friedliebendes Land und gegen alle volksdemokratischen Staaten ist. In den Händen der Herolde der aggressiven Politik befinden sich aber die in großen Auflagen erscheinende bürgerliche Presse und zahlreiche Sender, die jeden Tag von früh bis spät zetern; in ihren Händen befinden sich der ganze Staatsapparat und ein Heer verschiedener gedungener Agenten des Kapitals, die Ehre und Gewissen verschachern und tagaus, tagein jede beliebige abscheuliche sowjetfeindliche Lüge und Verleumdung verbreiten, und all das immer skrupelloser und frecher, da sie den Boden unter ihren Füßen schwinden fühlen.

III.

Der Kampf der Sowjetunion für Frieden, für Gewährleistung der kollektiven Sicherheit

Keine Verleumdung, keinerlei Lügen können den Völkern die Tatsache vorenthalten, daß die Sowjetunion konsequent für den Frieden, für die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa kämpft.

Der sowjetische Vertragsentwurf über kollektive Sicherheit für alle europäischen Staaten, unbeschadet ihrer unterschiedlichen Gesellschafts- und Staatsordnung, ist sehr wohl bekannt. Er genoß die Unterstützung einer ganzen Reihe von Staaten Europas und fand lebhaftesten Widerhall in allen Ländern, darunter auch in jenen, wo die herrschenden Kreise die Vorschläge der Sowjetunion über kollektive Sicherheit zu verschweigen suchen und oftmals auch den Sinn dieser Vorschläge direkt entstellen.

Die Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, auch andere Vorschläge über kollektive Sicherheit in Europa zu erörtern. Zu diesem Zweck schlug sie vor, eine gesamteuropäische Konferenz einzuberufen und dort sowohl den sowjetischen Entwurf als auch andere eventuelle Vorschläge zur Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit zu prüfen.

Keiner der Gegner des sowjetischen Vorschlags legte aber irgendeinen anderen Plan zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit Europas vor. Die Regierungen der zum Nordatlantikblock gehörenden Staaten lehnten auch die Beteiligung an einer gesamteuropäischen Konferenz zu dieser Frage ab. Sie erklärten dabei, daß sie sich nur für solche Verträge interessieren, an denen lediglich den Teilnehmern des Nordatlantikblocks „gleichgesinnte" Staaten beteiligt sind. Dadurch haben sie gezeigt, wie prinzipienlos sie sich zu ihrer Beteiligung an der Organisation der Vereinten Nationen verhalten, die auf der Grundlage der Prinzipien der gleichberechtigten Beteiligung aller Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, gegründet wurde. Durch diese ihre Erklärung haben sie zugleich bestätigt, daß sie an die Gewährleistung des Friedens und an wirkliche Sicherheit in Europa nicht einmal denken und daß ihre militärischen Gruppierungen zu Zwecken geschaffen wurden, die der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern feindlich sind.

Der friedlichen Politik der Sowjetunion, gerichtet auf die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit aller Staaten Europas, ohne Unterschied der Gesellschaftsordnung, stellen sie die Politik der Schaffung militärischer Gruppierungen der einen gegen die anderen Staaten gegenüber. Daher trifft sie die Verantwortung für die aggressiven Pläne und dafür, daß sie nicht im Interesse des Friedens und folglich auch nicht im Interesse ihrer Völker handeln, sondern im Interesse jener aggressiven Kreise und herrschenden Cliquen, die die aggressive „Politik der Stärke" betreiben und die man mit Recht Kriegsbrandstifter nennt.

Also ist die Einstellung der Sowjetunion zu den Pariser Abkommen vollkommen klar. Sie gibt keine Veranlassung zu falschen Auslegungen.

Für uns ist es klar, daß Westdeutschland im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen den Weg der Wiederherstellung des Militarismus beschreiten und sich faktisch in den Händen der deutschen Revanchisten befinden wird. Es ist anzunehmen, daß auch die französischen Patrioten, die die vortrefflichen Reden Eduard Herriots hören, sich darüber im klaren sind, wohin das führt.

Da das remilitarisierte Westdeutschland laut den Pariser Abkommen sowohl dem Nordatlantikblock als auch der Westeuropäischen Militärunion gemeinsam mit Frankreich, England, Italien und einigen anderen Staaten angehören wird, wird in Europa eine neue Lage entstehen, wobei die Gefahr eines neuen Krieges dann um vieles zunehmen wird.

Die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder, gegen welche die Pariser Abkommen gerichtet sind, können nicht umhin, dem Rechnung zu tragen. Das Sowjetvolk und seine Armee sind aufrichtig friedliebend und zugleich von tiefem Bewußtsein und von der Entschlossenheit erfüllt, ihre sozialistischen Errungenschaften zu schützen. Bekam der Aggressor auch früher ab, was er verdiente, so darf er jetzt nicht vergessen, daß die Macht der Sowjetunion unermeßlich gewachsen ist und daß in unserer Armee auf je 100 Mann 77 Kommunisten und Komsomolzen kommen.

Die Kommunisten und Komsomolzen aber wissen besonders gut, wie man die Errungenschaften des Kommunismus gegen Aggressoren verteidigen muß. **(Beifall.)**

In Anbetracht der sich in Europa herausbildenden neuen Situation wird die Sowjetunion ebensowenig wie die anderen friedliebenden Staaten, gegen welche die Pariser Abkommen gerichtet sind, die Hände in den Schoß legen. Sie werden die notwendigen Maßnahmen zur weiteren Festigung ihrer Sicherheit und zur Gewährleistung des Friedens in Europa ergreifen müssen.

Das hat die bekannte Moskauer Konferenz klar und eindeutig gesagt, die am 2. Dezember vorigen Jahres beendigt wurde und ihre einmütige, entschiedene Deklaration veröffentlicht hat. Diese Deklaration unterzeichneten die Sowjetunion, die Polnische Volksrepublik, die Tschechoslowakische Republik, die Deutsche Demokratische Republik, die Ungarische Volksrepublik, die Rumänische Volksrepublik, die Volksrepublik Bulgarien und die Volksrepublik Albanien.

Die acht Staaten, die an der Moskauer Konferenz teilnahmen, haben ausdrücklich erklärt, daß sie im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen alle notwendigen Maßnahmen zur Festigung ihrer internationalen Positionen und zur Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit durchführen werden. Das wird von uns neue große Anstrengungen und materielle Opfer erfordern. Doch seien Sie ohne Sorge, meine Herren Militaristen, wir werden davor nicht zurückschrecken! **(Anhaltender Beifall.)**

Zu diesen Maßnahmen gehört vor allem die Vorbereitung zum Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den acht Teilnehmerländern der Moskauer Konferenz. Damit nicht Zeit verlorengeht, werden jetzt dahingehende Beratungen durchgeführt. Auf neue Militärblocks und Gruppierungen, die gemeinsam mit dem deutschen Militarismus geschaffen werden, werden wir mit dem weiteren Zusammenschluß unserer Reihen antworten, mit der weiteren Festigung unserer Freundschaft, mit der Verbesserung unserer gesamten Zusammenarbeit und, wo nötig, mit weiterer Ausdehnung des gegenseitigen Beistands. **(Beifall.)**

Zu den Maßnahmen, die wir im Falle der Bildung westeuropäischer militärischer Gruppierungen unter Beteiligung eines remilitarisierten Westdeutschlands werden durchführen müssen, gehört auch die Schaffung eines vereinigten Militärkommandos der vorerwähnten acht Länder. **(Stürmischer Beifall.)** Diese Maßnahme entspringt der Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion und der anderen friedliebenden europäischen Staaten zu stärken und auf jegliche zufällige und unerwartete Umstände gefaßt zu sein. Wenn wir das vereinigte Militärkommando der friedliebenden europäischen Staaten geschaffen haben werden, dann werden wohl auch die aggressiven Kreise von abenteuerlichen Unternehmungen absehen und sich ruhiger verhalten. **(Beifall.)**

Wir sprechen davon offen und halten es für notwendig, unserem Volk die gegenwärtige Lage zu erklären. Und wir sind überzeugt, daß das Volk uns richtig verstehen wird. **(Stürmischer Beifall.)**

Es ist sehr wohl bekannt, daß das bewußte Verhalten der Völker zu den vor sich gehenden Geschehnissen am sichersten den Interessen des Friedens dient und die beste Garantie für die Gewährleistung der Sicherheit der friedliebenden Staaten ist.

Aus all dem Gesagten ist ersichtlich, daß die sowjetische Außenpolitik auf die Erhaltung und Festigung des Friedens gerichtet ist.

Demgemäß streben wir die Durchführung solcher Maßnahmen, solcher Verhandlungen und Abkommen mit anderen Ländern an, die den Interessen einer Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen entsprechen. Es versteht sich, daß diese Ziele nur dann erreicht werden können, wenn auch auf der anderen Seite guter Wille in der gleichen Richtung an den Tag gelegt wird.

Unsere Beziehungen zu anderen Ländern sind vor allem dadurch bestimmt, inwieweit die Entwicklung dieser Beziehungen den Interessen der Festigung des Friedens, den Interessen der Erhaltung des Friedens bei konsequenter Beachtung der Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten förderlich sein kann.

Was kann man über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den **Vereinigten Staaten von Amerika** sagen?

Diese Beziehungen lassen Besseres zu wünschen übrig. Ist eine solche Besserung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten möglich? Sie ist durchaus möglich. Dazu ist es jedoch notwendig, daß nicht allein die Regierung der Sowjetunion, sondern auch die Regierung der Vereinigten Staaten danach strebe.

Die nicht üble Entwicklung der Beziehungen mit **England** und **Frankreich,** die vor kurzem begonnen hatte, stieß auf Klippen, oder, um es genauer zu sagen, auf die Pariser Abkommen, **(Bewegung im Saale)** nebst deren Plänen der Wiederbelebung des aggressiven deutschen

Militarismus. Werden die Dinge unwiderruflich den Weg der Ratifizierung und der Verwirklichung der Pariser Abkommen gehen, so würde das bedeuten, daß England und Frankreich auf die Verträge, die sie im Laufe des zweiten Weltkrieges mit der Sowjetunion geschlossen haben, nicht nur keinen Wert mehr legen, sondern daß sie diese Verträge direkt für null und nichtig erklären, sie auslöschen. Das wird unvermeidlich, da die Pariser Abkommen, die der Wiederbelebung des deutschen Militarismus und der Einbeziehung eines remilitarisierten Westdeutschlands in sowjetfeindliche Blocks Tür und Tor öffnen, weder mit dem englisch-sowjetischen noch mit dem französisch-sowjetischen Vertrag vereinbar sind.

Vergleichen Sie nur die Entwicklung der Beziehungen unseres Landes mit solchen Nachbarn wie Finnland und Norwegen.

Unsere Beziehungen mit **Finnland** entwickeln sich in Übereinstimmung mit dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand von 1948. Man könnte auf eine Reihe von Tatsachen verweisen, die von der Entwicklung dieser Beziehungen sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet zeugen. Der Besuch der finnischen Regierungsdelegation mit Herrn Kekkonen an der Spitze in Moskau, der im vergangenen Jahr erfolgte, und der Gegenbesuch der sowjetischen Regierungsdelegation mit Genossen A. I. Mikojan an der Spitze in Finnland trugen zur weiteren Verbesserung der sowjetisch-finnischen Beziehungen bei, die sich auf besseres gegenseitiges Verständnis gründen.

Was die sowjetisch-norwegischen Beziehungen anbelangt, so muß die Sowjetunion in Rechnung ziehen, daß **Norwegen** zu einem Teilnehmer des aggressiven Nordatlantikvertrags geworden ist, dessen Tätigkeit keineswegs auf die Festigung des Friedens in Europa gerichtet ist. Jedenfalls sollten die Norweger nicht vergessen, daß die Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und Norwegen nicht nur im Interesse unseres Landes, sondern auch im Interesse Norwegens liegt.

Ich will noch auf unsere gegenseitigen Beziehungen mit solchen Nachbarn wie der Türkei, dem Iran und Afghanistan eingehen.

Wer wüßte nicht, daß die Sowjetunion eine Reihe von Schritten unternommen hat, um zur Verbesserung der Beziehungen mit der **Türkei** beizutragen. Nichtsdestoweniger verharren die türkischen Stellen auf Standpunkten, die normalen gutnachbarlichen Beziehungen nicht entsprechen, sie verwandeln ihr Territorium und ihre Küstengewässer in einen Schauplatz von Truppenmanövern und Demonstrationen ausländischer, besonders amerikanischer Streitkräfte. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß die gegenseitigen Interessen der Türkei und der UdSSR die Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern notwendig machen.

In den Beziehungen mit dem **Iran** ist eine gewisse Besserung eingetreten. Nach langen Verhandlungen wurde das sowjetisch-iranische Abkommen über wichtige Grenz- und Finanzfragen geschlossen. Wir hoffen, daß die weitere Entwicklung der sowjetisch-iranischen Beziehungen in dieser Richtung nicht gestört werden wird durch den unaufhörlichen Druck, der seitens auswärtiger aggressiver Kräfte auf den Iran ausgeübt wird, die sich das Ziel gesetzt haben, dieses Land in ihre aggressiven militärisch-politischen Gruppierungen im Nahen und Mittleren Osten hineinzuziehen.

Unsere Beziehungen mit **Afghanistan** entwickeln sich normal und wir glauben, daß dies den Interessen der beiden Länder entspricht.

Mit großer Genugtuung muß die weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und **Indien** festgestellt werden.

Sowohl die politischen und wirtschaftlichen als auch die kulturellen Verbindungen, die die Annäherung zwischen den Völkern unserer für einander Achtung und aufrichtige Sympathie empfindenden Länder fördern, entwickeln sich erfolgreich.

Dieser Tage wurde ein wichtiges Wirtschaftsabkommen geschlossen. Durch dieses Abkommen hat die Sowjetunion es übernommen, in Indien unter den Bedingungen eines vergünstigten langfristigen Kredits ein großes Hüttenwerk zu bauen, das über eine Million Tonnen Stahl und eine entsprechende Menge von Walzgut liefern wird.

Die Sowjetunion wird sämtliche Einrichtungen liefern und die nötige technische Hilfe leisten, einschließlich der Entsendung hochqualifizierter Fachleute. Wir sind mit großer Bereitwilligkeit dem dahingehenden Ersuchen entgegengekommen, da die Entwicklung der Hüttenindustrie in Indien zur Gewährleistung der nationalen Unabhängigkeit und zum wirtschaftlichen Aufschwung dieses alten großen Landes beitragen soll, was die Völker der Sowjetunion mit herzlichster Sympathie begrüßen. **(Anhaltender Beifall.)**

Im Sommer d. J. steht der Besuch des Ministerpräsidenten Indiens Javaharlal Nehru in der Sowjetunion bevor. **(Beifall.)** Die Mitteilung über den Besuch Herrn Nehrus fand bei den Völkern der Sowjetunion ein äußerst freundschaftliches Echo. **(Beifall.)**

Auch unsere Beziehungen zu zwei anderen Ländern Asiens — **Birma** und **Indonesien** — festigen sich ebenfalls weiter.

In den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den **arabischen Ländern,** mit Ausnahme des Irak, kann man in der letzten Zeit positive Tatsachen feststellen.

Der Umstand, daß der Irak die Beziehungen zur UdSSR abgebrochen hat, ist hauptsächlich damit zu erklären, daß die derzeitige Regierung des Iraks sich schon allzu sehr angelegen sein läßt, nach der Pfeife der „westlichen" Imperialisten zu tanzen. **(Gelächter.)**

In den arabischen Ländern weiß man wohl von den freundschaftlichen Gefühlen der Völker der UdSSR zu diesen Staaten, und man weiß dort auch, daß sie in Gestalt des Sowjetstaates eine verläßliche Stütze bei der Verteidigung ihrer Souveränität und nationalen Unabhängigkeit besaßen und besitzen. **(Beifall.)**

Es ist bekannt, daß die Sowjetunion die Normalisierung der Beziehungen mit **Japan** anstrebt.

In der letzten Zeit hat die Sowjetunion unmittelbaren Kontakt mit der Regierung Japans aufgenommen. Wir erwarten davon entsprechende positive Resultate.

Die Sowjetunion mißt der Regelung der österreichischen Frage, der Frage der völligen Wiederherstellung der Unabhängigkeit eines **demokratischen Österreichs** gemäß den Interessen der Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa große Bedeutung bei.

Jede weitere Verzögerung des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich hält die Sowjetregierung für ungerechtfertigt. Zugleich kann man nicht umhin, in Betracht zu ziehen, welche Gefahren die Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands vom Schlage der Pariser Abkommen für Österreich mit sich bringen.

All das veranlaßt die Sowjetregierung, folgende Schlußfolgerungen in der österreichischen Frage zu ziehen:

1. Vor allem muß berücksichtigt werden, daß die Regelung der österreichischen Frage nicht ohne Zusammenhang mir der deutschen Frage behandelt werden kann, um so weniger angesichts der Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands, was die Gefahr der Verschlingung — des Anschlusses — Österreichs verstärkt.

Das bedeutet, daß beim Abschluß des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich eine Lösung gefunden werden muß, die die Möglichkeit eines neuen Anschlusses Österreichs an Deutschland ausschalten würde, was an die Annahme dahingehender vereinbarter Maßnahmen der vier Mächte in der deutschen Frage geknüpft ist. In diesem Fall könnte der Abzug der Truppen der vier Mächte aus Österreich erfolgen, ohne den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten.

2. Österreich muß die Verpflichtung auf sich nehmen, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, gerichtet gegen irgendeinen Staat, der sich mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Hitlerdeutschland und an der Befreiung Österreichs beteiligt hat, und die Schaffung fremder Militärstützpunkte auf seinem Territorium nicht zuzulassen.

Die Regierungen der USA, Englands, Frankreichs und der Sowjetunion müssen ihrerseits ebenfalls die Verpflichtung übernehmen, diese Bestimmungen einzuhalten.

3. Im Interesse einer raschesten Regelung der österreichischen

Frage ist es notwendig, unverzüglich eine Viermächtekonferenz einzuberufen, auf der sowohl die deutsche Frage, als auch die Frage des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich zu behandeln wäre. Das setzt selbstverständlich die Beteiligung Österreichs an der Lösung der Frage des österreichischen Staatsvertrages voraus.

Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen, die einer Wiederbelebung des Militarismus in Westdeutschland den Weg ebnen, eine ernste Gefahr des Anschlusses und folglich eine Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs entstehen würde.

Bekanntlich wurden in der letzten Zeit in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und **Jugoslawien** Erfolge erzielt.

Wir glauben nicht, daß in dieser Beziehung schon alles getan ist; doch meinen wir, daß dies in nicht geringerem Maße auch von Jugoslawien abhängt. Offenbar ist Jugoslawien in den letzten Jahren in gewissem Maße von den Positionen abgegangen, die es in den ersten Jahren nach Beendigung des zweiten Weltkrieges bezogen hat. Das ist selbstverständlich ganz seine interne Angelegenheit.

Die Sowjetunion strebt die Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet an. Wir streben zugleich nach möglichster Koordinierung der Bemühungen in einer für alle Völker so entscheidenden Sache wie der Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Wir sind überzeugt, daß die günstige Richtung in der Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen den Interessen der Völker der UdSSR wie auch Jugoslawiens entspricht.

Ich sprach bereits davon, wie sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und solchen volksdemokratischen Ländern wie **Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien** und auch der **DDR** entwickeln. Die Beziehungen zu diesen Ländern entwickeln sich erfolgreich auf der Grundlage der brüderlichen Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und des Aufstiegs des Wohlstandes der breiten Volksmassen.

Im Osten entwickeln sich solche Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und der umfassenden Zusammenarbeit zwischen unserem Land und der **Volksrepublik China,** der **Koreanischen Volksdemokratischen Republik,** der **Mongolischen Volksrepublik,** wie auch der **Demokratischen Republik Vietnam.**

Mit der großen Volksrepublik China verbinden uns die von Jahr zu Jahr erstarkenden Bande der Freundschaft und der brüderlichen Beziehungen. **(Anhaltender Beifall.)**

Der Besuch der sowjetischen Regierungsdelegation, mit den Genossen N. S. Chruschtschow, N. A. Bulganin, A. I. Mikojan und N. M. Schwernik an der Spitze, im vergangenen Jahr in China und die von ihr abge-

schlossenen wichtigen Abkommen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie auch auf dem Gebiet der Zusammenarbeit in internationalen Angelegenheiten sind ein markanter Ausdruck dieser neuen sozialistischen Beziehungen zwischen zwei großen Ländern.

Sowohl zu den obenerwähnten Ländern als auch zu allen anderen Staaten sucht die Sowjetunion solche Beziehungen aufrechtzuerhalten, die zur Festigung des allgemeinen Friedens und der internationalen Sicherheit beitragen würden. Mit großer Freude stellen wir fest, daß die volksdemokratischen Länder sowohl in Europa als auch in Asien dieser Politik allseitige Unterstützung erweisen und zusammen mit der Sowjetunion konsequente Träger der auf die Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen gerichteten Politik sind. **(Beifall.)**

Zwischen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern entstand und erstarkt immer mehr die freundschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten — auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Diese Zusammenarbeit beruht auf der konsequenten Einhaltung der Prinzipien der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit. Es versteht sich, daß sie sich nötigenfalls auch auf das Gebiet der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit aller dieser Länder erstreckt.

Die Sowjetunion und die Länder des sozialistischen Lagers schufen und schaffen jedoch keinerlei gegen andere Staaten gerichtete Militärblocks. Sie werden das auch fernerhin nicht tun; doch werden sie gezwungen sein, ihre Kräfte zu vereinen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten, falls die aggressiven Pläne durchgeführt werden, mit deren Hilfe man den deutschen Militarismus wiederbeleben und einen Überfall auf friedliebende Staaten vorbereiten will.

Für die Länder des sozialistischen Lagers war es bisher nicht notwendig, ihre militärischen Bemühungen zu vereinen. Die nötige Einigkeit zwischen ihnen auf allen Gebieten wurde und wird erreicht durch den sachlichen Kontakt, durch Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, besiegelt durch unverbrüchliche Freundschaft und brüderliche Beziehungen.

Infolgedessen stellen zwölf Länder, einschließlich der UdSSR und der volksdemokratischen Länder, mit einer Gesamtbevölkerung von 900 Millionen Menschen ein geschlossenes Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus dar. **(Beifall.)** An der Macht sind in diesen Ländern die Werktätigen, denen es nicht schwerfällt, sich untereinander in allen wesentlichen Fragen zu einigen und die nicht durch Raubtiersitten und grausame Konkurrenz, wie sie zwischen den Imperialisten bestehen, entzweit sind.

Da aber die Sowjetunion die Sache des allgemeinen Friedens und die Unantastbarkeit der Prinzipien der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit der Völker, ohne Unterschied der Gesellschaftsordnung, verteidigt, genießt die Außenpolitik des Sowjetstaates auch die Unter-

stützung anderer Völker und anderer großer und kleiner Staaten. Die UdSSR weiß es hoch zu schätzen, daß zum Beispiel Indien oder Birma gemeinsam mit der Volksrepublik China die fünf Prinzipien der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten (Koexistenz, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Nichtangriff u. a.) verkündet haben, auf welche die Sowjetunion stets ihre Außenpolitik gründete und die jetzt so freundschaftliche Unterstützung in der ganzen Welt gefunden haben.

Wir dürfen die Regierungen und die Parlamente aller Länder fragen: Warum können diese jetzt in der indisch-chinesischen Deklaration vom 28. Juni 1954 formulierten friedlichen Prinzipien nicht zur gemeinsamen Plattform für die Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens für alle Völker werden? **(Beifall.)**

Die friedliche Politik der Sowjetunion hat auch in den Ländern des kapitalistischen Lagers zahlreiche verläßliche Freunde.

Sie wissen, wer diese unsere Freunde sind.

Das ist vor allem die Arbeiterklasse, die nirgends den Krieg will und in deren Reihen die Zahl der aktiven Kämpfer gegen die Kriegsbrandstifter, für die Festigung des Völkerfriedens, unentwegt wächst. Freundschaftliche Unterstützung leisteten und leisten der friedlichen Politik der Sowjetunion auch Millionen Bauern, denen der Krieg nichts als Unheil und Unglück bringt. Auch weit außerhalb der Grenzen des sozialistischen Lagers wächst die Bewegung der Friedensanhänger in Stadt und Land in allen Bevölkerungsschichten, einschließlich der begüterten Klassen, und alle Sowjetmenschen freuen sich über jeden wirklichen Erfolg dieser Bewegung für den Frieden, für die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den Staaten.

Was die Außenpolitik der USA und der Länder, die dem amerikanischen außenpolitischen Kurs folgen, anbelangt, so verläuft sie in vielen Fällen in der umgekehrten Richtung.

Tritt die Sowjetunion für die Erweiterung der Handelsbeziehungen mit anderen Ländern und für die Entwicklung des Welthandels ein, so steuern die herrschenden Kreise der USA den direkt entgegengesetzten Kurs gegenüber der UdSSR und anderen demokratischen Staaten.

Was denken die Vereinigten Staaten nicht alles aus, um den sowjetischen Außenhandel zu behindern, um die wirtschaftlichen Beziehungen Chinas mit anderen Staaten zu blockieren, um den Handel der demokratischen Länder mit den von den USA abhängigen Staaten zu stören und womöglich abzudrosseln.

Zu diesem Zweck führten die Regierung und der Kongreß der USA in den letzten Jahren eine große Anzahl verschiedener Gesetze und Verfügungen ein. Ihre Senatoren und Minister ließen allerlei Reden mit Drohungen gegen ungehorsame Staaten vom Stapel. Zu diesem Zweck wurde ein Haufen verschiedener amerikanischer Beobachtungs-

komitees errichtet, damit nicht, Gott behüte, irgendein amerikanischer, chilenischer, englischer, dänischer, westdeutscher oder italienischer Businessman an die Sowjetunion oder Bulgarien, China oder Ungarn seine für den Außenhandel produzierte Ware verkaufe. Hierbei greifen die Vereinigten Staaten zu solchen Druckmitteln und direktem Diktat, daß viele Industrielle und Kaufleute ernstlich eingeschüchtert sind und sich vor der Entwicklung des Handels mit anderen Ländern fürchten.

Es ist aber sonderbar, daß man in den Vereinigten Staaten bisher nicht begreift, daß damit die beabsichtigten Ziele nicht erreicht werden.

Trotz allen Hindernissen und Diskriminierungsmaßnahmen, die von den amerikanischen Behörden gegen die UdSSR und die volksdemokratischen Länder getroffen werden, ist es nicht gelungen, den Außenhandel dieser Länder mit kapitalistischen Staaten zu unterbinden. Außerdem hat diese aggressive Politik dazu geführt, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern des demokratischen Lagers sich in beschleunigtem Tempo zu entwickeln begonnen haben. Das trug wiederum zur Festigung sowohl der wirtschaftlichen als auch der politischen Beziehungen zwischen den demokratischen Staaten bei.

Manche jener Amerikaner, die eine ganz besondere Passion dafür hatten, dem Außenhandel mit der UdSSR Schwierigkeiten zu bereiten, hofften, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft in unserem Lande in der Nachkriegszeit aufzuhalten. Sie glaubten, es würden Jahrzehnte dazu erforderlich sein, daß die Sowjetunion ihre Vorkriegswirtschaft wieder aufbaue. Hat aber nicht die Debatte über den Staatshaushaltsplan auf dieser Tagung des Obersten Sowjets aufs neue gezeigt, wie blamabel sie sich verrechnet haben?

Ich will zur Illustration nur ein Beispiel anführen.

Niemand von uns zweifelt daran, daß sowohl der Staatshaushalts- als auch der Volkswirtschaftsplan, die für 1955 angenommen wurden, erfolgreich erfüllt werden. Durch die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans des laufenden Jahres wird aber unsere Industrie Ausmaße erreichen, die das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion in unserem Lande um mehr als das Dreifache übersteigen werden. **(Stürmischer Beifall.)**

Es ist noch hinzuzufügen, daß sich jetzt auf der Grundlage der in der letzten Zeit gefaßten Beschlüsse der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung eine Arbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft, auf dem Gebiet des Kolchos- und Sowchosaufbaus entwickelt, die zu einem neuen, nie dagewesenen Aufschwung führen muß. Die auf diesem Gebiet gestellten neuen, wahrhaft begeisternden Aufgaben werden weitere große Anstrengungen des Sowjetstaates erfordern. Es ist aber vollkommen klar, daß die jetzigen erstarkten Kolchose und Sowchose ihnen gewachsen sind, gar nicht davon zu reden, daß das ganze große Sowjetvolk bei der Erfüllung dieser wichtigsten Aufgaben die gebührende Unterstützung leisten wird. **(Anhaltender Beifall.)**

Was aber die Handelsbeziehungen anbelangt, so soll man wissen: Wir sind für die Entwicklung eines normalen internationalen Handels und für gesunde wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ist es denn schlimm, wenn sich ein ehrlicher wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System entwickelt? Nichts anderes, nichts Besseres kann man sich wohl Mitte des 20. Jahrhunderts denken. **(Beifall.)**

IV.

Die aggressive Politik der USA — eine Gefahr für den Frieden

Führt die amerikanische „Politik der Stärke" auf wirtschaftlichem Gebiet zu allerlei Störungen und Diskriminierungsmaßnahmen im internationalen Handel, so findet sie auf militärisch-politischem Gebiet ihren Hauptausdruck in der Schaffung militärisch-politischer Blocks und aggressiver Gruppierungen verschiedener Art.

Den Mittelpunkt bildet in dieser Hinsicht bekanntlich die nordatlantische Gruppierung, die vom englisch-amerikanischen Block unter dem Schutz der USA geschaffen wurde. Hierzu gehören die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich, Italien, Kanada, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Island, Portugal, Griechenland und die Türkei.

Außerdem gibt es andere militärisch-politische Gruppierungen, die ebenfalls unter dem Schutz der USA geschaffen wurden.

Davon kann man die folgenden nennen, deren Schaffung durch diese oder jene Verträge und Abkommen im Laufe der letzten Jahre besiegelt wurde: der Vertrag zwischen den USA, Australien und Neuseeland; der Vertrag zwischen den USA und Japan; der Südostasien-Vertrag (SEATO); der Vertrag zwischen den USA und dem bankrotten Tschiangkaischek **(Gelächter)**; der Vertrag zwischen den USA und der Li-Sin-Man-Clique in Südkorea; das Abkommen zwischen den USA, Frankreich, Bao-Dai-Vietnam, Laos und Kambodscha. Hierbei ist es für jedermann begreiflich, welche Bedeutung diese Verträge und Abkommen der USA haben, die dem Zweck dienen, die dem chinesischen Volk verhaßte Tschiangkaischek-Clique auf Taiwan, die faschistische Gruppierung Li Syn Mans in Südkorea und den vom vietnamesischen Volk abgelehnten Bao Dai irgendwie zu unterstützen.

Zu diesen Gruppierungen, die unter dem Schutz der USA geschaffen werden, kann man auch das vor kurzem getroffene Abkommen zwischen der Türkei und Pakistan wie auch das jetzt in Vorbereitung befindliche Abkommen zwischen der Türkei und dem Irak rechnen.

Die Pariser Abkommen sehen die Schaffung der westeuropäischen Militärunion vor, die sozusagen der Stoßtrupp des Nordatlantikblocks werden soll. In die westeuropäische Militärunion soll außer Frankreich, England, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg auch Westdeutschland einbezogen werden. Zu dem über dieses Militärbündnis bereits Gesagten ist nichts mehr hinzuzufügen.

Auf ganz besonderer Ebene liegt der Vertrag zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien, da nur zwei seiner Teilnehmer Mitglieder des Nordatlantikblocks sind und der dritte, Jugoslawien, diesem Block nicht angehört. Jedoch können die Balkanvölker nicht umhin, in dieser Hinsicht die nötige Vorsicht und Aufmerksamkeit zu wahren.

Die von den Vereinigten Staaten geschaffenen militärischen Blocks und Gruppierungen sind in Europa gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, in Asien gegen die Chinesische Volksrepublik und die mit ihr befreundeten Völker gerichtet.

Die Sache hat jedoch mit der Schaffung von Blocks und Gruppierungen nicht ihr Bewenden.

Die Gefahr des andauernden Wettrüstens darf nicht bagatellisiert werden. In Ländern wie den USA, England, Frankreich und einigen anderen sind die Rüstungsbudgets schon jetzt aufgebläht wie noch nie. In den Vereinigten Staaten belaufen sich die Rüstungsausgaben auf zwei Drittel des gesamten Staatsbudgets und übersteigen mehrfach die Vorkriegsausgaben für die gleichen Zwecke.

Das gegenwärtige Produktionsniveau der hochentwickelten Industrie der USA wird hauptsächlich durch Rüstungsaufträge aufrechterhalten. Die Produktion der Rüstungsindustrie beträgt 20 bis 25 Prozent, das heißt, fast ein Viertel der gesamten Produktion der amerikanischen Industrie. Dessenungeachtet machen sich in den USA eine Wirtschaftskrise und eine Schrumpfung der Produktion bemerkbar.

Es ist Zeit, zu erkennen, daß sich die Wirtschaft eines Landes auf einer so ungesunden Basis, wie es Rüstungsaufträge sind, nicht lange halten läßt. Dessenungeachtet betreiben die USA eine selbstmörderische Politik der Torpedierung des Welthandels, wodurch die amerikanische Industrie der normalen Wege zu ihrer Entwicklung und Erweiterung verlustig geht.

Kein Zufall ist auch, daß die USA-Regierung ihr Land schon das fünfte Jahr im sogenannten „Ausnahmezustand" hält. Das begann unter der Regierung der Demokratischen Partei Truman und geht unter der jetzigen Regierung der Republikanischen Partei weiter.

In letzter Zeit ist man noch weiter gegangen, um die dort geschaffene Atmosphäre der Kriegshysterie zu erhalten. In den Zeitungen und im Rundfunk wurde eine bösartige Kampagne aufgezogen, mit allem möglichen Gerede nicht einfach von einem Krieg, sondern von der Vorbereitung eines Atomkriegs. Verantwortlich dafür sind vor allem die

amerikanischen herrschenden Kreise. Auf ihr Drängen fand Mitte Dezember vorigen Jahres in Paris eine Konferenz der Nordatlantikpakt-Signatare zur Frage der Vorbereitung eines Atomkriegs statt.

Gewisse Außenminister, die hinter den anderen nicht zurückstehen möchten, befassen sich in letzter Zeit ebenfalls mit Atomkriegspropaganda.

So erklärte am 18. Dezember 1954 auf einer Pressekonferenz in Paris der belgische Außenminister Spaak, ein wenig großsprecherisch, daß die vom NATO-Rat tags zuvor gefaßten Beschlüsse „den Militärs das geben, was sie brauchen: diese forderten, daß man ihnen erlaube, zum Atomkrieg zu rüsten. Diese Erlaubnis haben sie nun." Spaak machte dabei ein bißchen diplomatischen Dunst und ließ sich über die sogenannte „Hypothese der Anwendung von Atomwaffen" aus, wobei er kokett erklärte: „Der endgültige Beschluß und die Mittel, die die Beschlußfassung (gemeint ist der Beschluß zur Anwendung der Atomwaffen) gestatten, können nicht publik gemacht werden. Das ist strengstes militärisches Geheimnis."

Auf die Atomkriegspropaganda verlegten sich in letzter Zeit Spaak und Dulles und außerdem nicht nur die amerikanischen Generale Radford, Gruenther und Stevenson, sondern auch der redselige englische Feldmarschall Montgomery. **(Belebung im Saale.)**

Wollen sie etwa damit sagen, die jüngsten Projekte und Reden von Staatsmännern der USA über friedliche Verwendung von Atomenergie seien nur dazu bestimmt gewesen, die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit abzulenken.

Wäre an dieser Mutmaßung auch nur ein Bruchteil Wahrheit, so wäre damit der amerikanischen Außenpolitik ein doppelter Schaden zugefügt: erstens darf man nicht vergessen, daß eine solche Doppelzüngigkeit das Vertrauen der Völker zu den Regierungen untergräbt, und zweitens, daß die Völker schon jetzt in einigen gegenwärtigen Predigern des Atomkriegs Anwärter zu neuen Hauptkriegsverbrechern erblicken. **(Beifall.)**

All das zusammengenommen, und zwar die zahlreichen von den Vereinigten Staaten auf dem Gebiete des Welthandels aufgerichteten Hindernisse, die aggressiven Militärblocks, die zahlreichen Kriegsstützpunkte, die in den Gebieten anderer Staaten angelegt werden, das Wettrüsten, die Atomkriegsdrohungen — all das ist dazu bestimmt, zu zeigen, daß die USA und die amerikanische Staatengruppierung eine gegen die Sowjetunion, die Volksrepublik China und die Länder der Volksdemokratie gerichtete „Politik der Stärke" betreiben. All das soll dazu dienen, vermittels der Politik „von der Position der Stärke aus", das heißt vermittels der Politik des Drucks und der Drohungen, einzuschüchtern, zu verwirren. Aber diese ganze nervöse Politik kommt dem amerikanischen Volk allzu teuer zu stehen und gibt den USA nichts, womit sie ihre außenpolitischen Positionen festigen könnten.

Die aggressiven Kreise der USA haben sich wieder einmal verrechnet. Noch vor kurzem meinten sie, das unumschränkte Monopol auf die Atomwaffe zu besitzen. Selbst die weitsichtigsten von ihnen meinten in den ersten Nachkriegsjahren, die Sowjetunion würde für die Atomwaffenproduktion mindestens 10 bis 15 Jahre brauchen, während die meisten der Meinung waren, dafür sei noch viel längere Zeit notwendig. Aber sowjetische Wissenschafter, Ingenieure, Techniker und alle, die sich damit unmittelbar befaßten, haben in kurzer Frist Ergebnisse erzielt, die von den hervorragenden Möglichkeiten des Sowjetstaates zeugen. Es ist soweit gekommen, daß die Sowjetmenschen bei der Herstellung der Wasserstoffwaffe solche Erfolge erzielt haben, daß nicht die Sowjetunion, sondern die USA sich als rückständig erwiesen haben. **(Stürmischer, anhaltender Beifall.)**

Die jetzige Außenpolitik der USA findet auch im eigenen Lande bei weitem nicht einträchtige Unterstützung.

Zur Zeit verfügt die Republikanische Partei nicht mehr über die Mehrheit im amerikanischen Kongreß. Seit den Herbstwahlen des Vorjahrs gehören die Mitglieder des amerikanischen Parlaments in ihrer Mehrheit der Demokratischen Partei an. Im Zusammenhang damit ist es angebracht, die Äußerung eines namhaften Politikers der Demokratischen Partei der USA, Stevensons, zu zitieren, der bei den Wahlen von 1952 namens der Demokratischen Partei für die Präsidentschaft kandidierte. Amerikanischen Pressemeldungen zufolge sagte Stevenson in einer Versammlung der Demokratischen Partei am 8. September 1954:

„Ich habe festgestellt, daß es manchmal schwer fällt, unsere Politik von unseren öffentlichen Erklärungen und unseren Schlagworten — effektvollen Phrasen und einer äußerlich anziehenden Politik — zu unterscheiden. Offenbar betreiben wir eine Politik, die auf Schlagworten basiert: Dulles spricht sie aus und Knowland tobt —, eine Politik, die nichts bedeutet und kaum zu etwas führt. Sie erinnern sich an alle diese erregenden, kühnen Parolen: ‚Befreiung', ‚Tschiangkaischek Handlungsfreiheit sichern', ‚Die Initiative ergreifen', ‚Neues Herangehen an die Verteidigungsfragen', ‚Geballter Gegenschlag' usw. Einer nach dem anderen verkriechen sie sich dann wieder **(Gelächter)**, wobei unser Prestige und unser Einfluß immer mehr untergraben werden... Es ist traurig, mitanzusehen, wie der schmachvolle Anblick familiärer Streitigkeiten in Washington bei unseren Alliierten Betrübnis hervorruft. Aber eine noch schlimmere Erscheinung ist die Lähmung, die, wie es scheint, das Staatsdepartement befallen hat. Staatssekretär Dulles hat zweifellos recht, wenn er erklärt, es sei höchste Zeit, unsere außenpolitischen Beziehungen einer ‚qualvollen Revision' zu unterziehen. Das Unglück ist, daß eine vernünftige Umwertung in einer Atmosphäre, wo das

Wort ‚Verhandlungen' gleichbedeutend ist mit ‚Verrat', unmöglich ist." **(Belebung im Saale.)**

Die soeben angeführte Beurteilung der amerikanischen Außenpolitik durch eine so befugte Persönlichkeit wie den kürzlichen Präsidentschaftskandidaten ist beachtenswert. Es wäre gut, wenn dieses Urteil jenen Leuten irgendwie einleuchten würde, die das unmittelbar angeht. **(Gelächter, Beifall.)**

Es muß allerdings bemerkt werden, daß diese Beurteilung der Außenpolitik der USA die bestehenden Gegensätze und die entstandene faktische Sachlage auf diesem Gebiet bei weitem nicht vollkommen aufzeigt.

In der Tat: während das Lager des Sozialismus und der Demokratie stark ist durch die Einheit der politischen Ziele und durch die große internationale Freundschaft zwischen den Werktätigen, wird das Lager des Imperialismus zerfleischt von äußeren und inneren Gegensätzen. All das macht sich zwangsläufig auch auf außenpolitischem Gebiet bemerkbar.

Davon kann man sich an Hand vieler Beispiele überzeugen.

Hier die Tatsachen:

Man denke an die Genfer Konferenz zurück. Dort gelang es, ein Abkommen zwischen Frankreich, England, China und der UdSSR in der Frage der Wiederherstellung des Friedens in Indochina zu erzielen, obwohl der dritte Partner aus dem Nordatlantikblock, nämlich die USA, nicht gewillt war, seine Unterschrift unter dieses Abkommen zu setzen. Allerdings kamen sodann die Vertreter der USA, Frankreichs und Englands auf der Manilakonferenz einigermaßen überein. Diesmal schlossen sich Frankreich und England den USA an und wandten sich in gewisser Hinsicht gegen die unter ihrer Teilnahme gefaßten Beschlüsse der Genfer Konferenz. Aber besagt das etwa nicht, daß im imperialistischen Lager ein ganzer Haufen Gegensätze besteht, die bald in der einen, bald in der anderen Form, bald mit größerer, bald mit geringerer Kraft zum Vorschein kommen? Ist es trotz dem „Erfolg", den die USA auf der Manilakonferenz erzielten, nicht klar, daß die dürftigen Resultate der Manilakonferenz an Bedeutung mit den politischen Ergebnissen der Genfer Konferenz nicht zu vergleichen sind?

Im Frühjahr — im Mai — 1952 unterzeichneten die Regierungen von sechs westeuropäischen Staaten unter dem Druck der USA und Englands den Vertrag über die Gründung der sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Im August 1954 lehnte das französische Parlament diesen Vertrag jedoch ab, und man mußte den Plänen zur Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ade sagen. Dieser Vertrag fiel im französischen Parlament durch, denn es erwies sich, daß der Gegensatz zwischen dem Willen des französischen Volkes und den Absichten der französischen

Regierung allzu groß war. Wie ist diese Tatsache zu bewerten? Es liegt aller Grund zu der Annahme vor, daß das Fiasko der EVG den tiefen Gegensätzen im imperialistischen Lager entspringt. Andererseits muß man zugeben, daß es eine der Niederlagen des aggressiven Kurses der amerikanischen Außenpolitik war.

Dann, am 23. Oktober 1954, wurden die sogenannten Pariser Abkommen unterzeichnet, welche einen zweiten Versuch darstellen, die Remilitarisierung Westdeutschlands durchzudrücken. Die Sache schien zu einem glücklichen Abschluß zu kommen, und schon rechneten die Regierungen einiger europäischer Staaten und der USA mit einem Sieg bei der Ausführung ihres Plans zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus.

Aber in den letzten Tagen begannen sich im französischen Parlament wieder Schwankungen bemerkbar zu machen, was den Anhängern der Pariser Abkommen neue Schwierigkeiten bereiten kann. Das ist eine Auswirkung der zugespitzten Gegensätze an einem der Abschnitte des militärisch-politischen Blocks, der unter der Ägide der USA steht. Die Ereignisse der letzten Tage in Frankreich, die eine Regierungskrise herbeigeführt haben, zeugen von einer weiteren Niederlage des amerikanischen außenpolitischen Kurses.

Vergegenwärtigen Sie sich, wie sich die außenpolitischen Ereignisse auf die Vereinigten Staaten von Amerika, auf die Präsidentschaftswahlen im Herbst 1952 ausgewirkt haben.

Bekanntlich trug damals bei den Präsidentschaftswahlen die Republikanische Partei den Sieg davon, die, wenn auch mit unsicherer Stimme, die sogenannte Politik der „Befreiung" der Länder der Volksdemokratie befürwortete. Diese Politik der „Befreiung" stellten die Republikaner bis zu einem gewissen Grad der Politik der Demokratischen Partei gegenüber, die sich in ihrer Mehrheit an eine gemäßigtere außenpolitische Linie hielt, bekannt als Politik der „Aufhaltung", obwohl es in beiden Parteien Anhänger beider politischer Richtungen gibt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß kurz vor den Wahlen der Kandidat der Republikanischen Partei Eisenhower versprach, dem Koreakrieg, in den die USA verwickelt wurden, als Trumans Demokratische Partei an der Macht war, ein Ende zu setzen.

Das entschied auch im Grunde genommen den Ausgang der Präsidentschaftswahlen.

Die Niederlage der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen ist nicht damit zu erklären, daß die Demokraten sich an einen gemäßigteren außenpolitischen Kurs hielten, sondern damit, daß sie die Verantwortung für den von ihnen in Korea entfesselten Krieg trugen.

Andererseits siegten die Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen nicht deshalb, weil sie einen aggressiveren außenpolitischen Kurs verkündeten, sondern, im Gegenteil, dadurch, daß sie sich faktisch eine

Zeitlang als die politische Partei erwiesen, die nicht zur Fortsetzung der Aggression in Korea, sondern zur Beendigung des Krieges und zur Wiederherstellung des Friedens in Korea beitrug.

Wir müssen auch die Gegensätze in den von den Imperialisten aufgezogenen Blocks und Militärgruppierungen in Betracht ziehen, ob es sich nun um den Nordatlantikblock oder um etwas anderes handelt. In allen diesen Gruppierungen verstärken sich bald die Tendenzen zur beschleunigten Entfesselung eines neuen Krieges, bald wiederum entgegengesetzte Strömungen. Wenn in einzelnen Ländern ein Kampf zwischen derartigen gegensätzlichen Tendenzen tobt, so wirkt er sich um so stärker innerhalb der Blocks und selbst zwischen ihnen aus.

Hierbei müssen wir in Betracht ziehen, daß sich diese Schwankungen, und, was besonders wichtig ist, jene Schwankungen, die für eine Milderung der internationalen Spannungen von Bedeutung sind, desto stärker und öfter bemerkbar machen werden, je organisierter und aktiver sich in allen Ländern die Volksbewegung für den Frieden und eine Entspannung in den internationalen Beziehungen entfaltet.

Die angeführten Beispiele sind charakteristisch für die zahlreichen Gegensätze im imperialistischen Lager und finden ihren Niederschlag in den Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern, wie auch in der Politik der einzelnen Regierungen und selbst innerhalb einzelner Parteien, die gezwungen sind, nicht nur den Willen von Millionären und Milliardären, sondern auch die öffentliche Meinung breiter Wählerkreise einigermaßen zu berücksichtigen.

Die sowjetische Außenpolitik muß dem Vorhandensein beträchtlicher Gegensätze sowohl zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern als auch innerhalb dieser Länder und sogar innerhalb der einzelnen Parteien, die kapitalistischen Klassen und Gruppen angehören, Rechnung tragen. Unsere Aufgabe ist es, diese Gegensätze im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens zur Schwächung der aggressiven antidemokratischen Kräfte auszunutzen.

V.

Unsere Hauptaufgabe ist die Festigung des Friedens

Zwischen uns Anhängern eines dauerhaften Friedens und unseren Gegnern liegt ein tiefer Graben.

Unsere Gegner sind mit dem Wettrüsten beschäftigt. Sie klammern sich daran, in der Hoffnung, ihr politisches Lager zu festigen; aber in Wirklichkeit führt das unausbleiblich zu einer Schwächung und Untergrabung ihrer wirtschaftlichen und politischen Positionen.

Die Sowjetunion stellt dem Wettrüsten ihre Friedenspolitik und ihre Vorschläge gegenüber, sämtliche Rüstungen wesentlich einzuschränken und die Atomwaffe vorbehaltlos zu verbieten, wobei eine wirksame internationale Kontrolle sowohl über die Rüstungseinschränkung als auch über das Verbot der Atom- und jeglicher anderen Massenvernichtungswaffen zu errichten ist.

Unsere Gegner arbeiten offen auf einen neuen Krieg hin und haben in letzter Zeit ein Propagandageschrei über die Notwendigkeit erhoben, eben einen Atomkrieg vorzubereiten. Aber von ihren Völkern werden sie die Zustimmung zu dieser Aggressionspolitik, die nicht nur von den breiten Volksmassen, sondern auch von dem vernünftigeren Teil der besitzenden Klassen abgelehnt wird, niemals erlangen. Mit einem solchen politischen Kurs können sie nur erreichen, daß gewisse, besonders eifrige Schreihälse aus den Reihen ihrer Staatsmänner sich schon im vorhinein sowohl in ihrem eigenen Lande als auch im Ausland diskreditieren.

Auch in der Atomfrage nimmt die Sowjetunion den entgegengesetzten Standpunkt ein.

Die Sowjetregierung hat der Regierung der USA bereits vorgeschlagen, unverzüglich ein Abkommen über den Verzicht auf den Einsatz der Atomwaffe und darüber zu treffen, daß die Atomenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken verwendet werde. Die Sowjetunion unterstützt mit aller Bereitwilligkeit auch die kürzlichen Vorschläge des Weltfriedensrates, dahingehend, daß in allen Ländern die Atomwaffenvorräte vernichtet werden, damit die Völker der ganzen Welt sicher sein können, daß ein Atomkrieg niemals zugelassen werden wird. Eben deshalb setzt sich die Sowjetunion so bereitwillig und tatkräftig für die Abhaltung einer internationalen Konferenz zur friedlichen Verwendung von Atomenergie ein. Wir schlagen den USA vor, nicht in der Produktion der Atomwaffe, sondern in der Nutzung von Atomenergie für friedliche Zwecke zu wetteifern. **(Beifall.)**

Unsere Gegner schreien von einer „Politik der Stärke". Sie sind nervös und wollen gleichzeitig andere einschüchtern. Sie verlegen sich auf Drohungen und Erpressung, wobei sie mit Schwachnervigen und Schwankenden rechnen.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß diejenigen, die dem Sowjetvolk gegenüber zu derartigen untauglichen Mitteln Zuflucht nehmen, sich unbedingt verrechnen werden. Sie müssen wissen, daß wir es, wenn es darauf ankommen sollte, verstehen werden, für uns einzustehen. **(Anhaltender Beifall.)**

Es ist höchste Zeit, zu begreifen, daß im Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und den USA die Lage bereits restlos klar ist.

Vergleicht man die Sowjetunion mit allen ihren menschlichen Kräf-

ten, mit ihren kolossalen materiellen Ressourcen, mit allen ihren auswärtigen Verbündeten, wobei auch die moralische und politische Unterstützung in Betracht zu ziehen ist, die die Volksmassen der anderen Länder der Friedenspolitik erweisen — vergleicht man folglich die Sowjetunion, wie sie bereits heute dasteht, mit den Vereinigten Staaten von Amerika, wenn man dieses Land auch mit allen oben angeführten Merkmalen nimmt, so ist es klar, daß die Sowjetunion nicht schwächer ist als die Vereinigten Staaten von Amerika. **(Stürmischer nicht endenwollender Beifall.)**

Man darf ferner nicht vergessen, daß die Sowjetunion den unstreitigen Vorteil vor den USA besitzt, daß die friedliebende UdSSR niemanden bedroht und sich in die Angelegenheiten der anderen Staaten nicht einmischt, sich vielmehr für eine wahrhaft gute und gerechte Sache einsetzt, welche bei allen Werktätigen und allen geknechteten Völkern in der ganzen Welt heißesten Anklang findet und welcher der Sieg gewiß ist. **(Stürmischer Beifall.)**

Was schlägt die Sowjetunion vor?

Wir schlagen vor, daß weder die eine noch die andere Seite zur Politik der Drohungen und der Erpressung greift. Das kann zu nichts Gutem führen.

Mehr noch: wir sind der Ansicht, daß die Seite, die sich tatsächlich ihrer Kraft bewußt ist, nicht für den Krieg sein wird. Wer seiner Kraft gewiß ist, wer seiner Zukunft gewiß ist, braucht das nicht.

Jegliches Abenteuer der Entfesselung eines neuen Weltkrieges wird unausbleiblich ein schlimmes Ende für den Aggressor nehmen, denn heutzutage haben bereits hunderte Millionen Menschen einen solchen Bewußtseinsgrad erreicht, daß sie, ebenso wie alle Sowjetmenschen, von der Gerechtigkeit ihrer Sache restlos überzeugt, konsequent gegen eine solche verbrecherische Aggression kämpfen werden.

Untergehen wird nicht die „Weltzivilisation", wie sehr diese auch durch eine neue Aggression zu Schaden kommen würde; untergehen wird jene durch und durch verrottete Gesellschaftsordnung samt ihrem blutigen imperialistischen Fundament, mit der es bereits zu Ende geht, verurteilt wegen ihrer Aggressivität und abgelehnt wegen der Ausbeutung der Werktätigen und der geknechteten Völker. **(Anhaltender Beifall.)**

Die Außenpolitik der Sowjetunion fußt auf den leninschen Prinzipien der Koexistenz verschiedener Gesellschaftsordnungen. Wir verfechten diese Prinzipien, da wir wünschen, daß die Völker in Frieden und Ruhe leben.

Wir verfechten diese Prinzipien, denn unter den Verhältnissen der Koexistenz besteht die volle Möglichkeit, im Laufe einer ganzen historischen Periode den Völkern Frieden und Freiheit, friedliche Beziehungen

zwischen den Ländern und weitere Erfolge im Fortschritt der Menschheit zu gewährleisten.

Wir stehen zu den leninschen Prinzipien der Koexistenz, wir stehen zu ihnen, weil wir der Kräfte des Sozialismus und dessen gewiß sind, daß wir den richtigen Weg zum Kommunismus eingeschlagen haben. **(Stürmischer anhaltender Beifall. Alle erheben sich von ihren Plätzen.)**

SOWJETISCHER
INFORMATIONSDIENST